AMNESTY INTERNATIONAL

# ANKLAGEN

**Winter 2026/2027**

KOSTENLOS - ZUM MITNEHMEN




Künstliche Intelligenz im Krieg: „Die Maschine berechnet, wie viele Tote akzeptabel sind“ ■ 115 Jahre Frauentag: Was ist erreicht und wo besteht Handlungsbedarf? ■ Südkoreas Umgang mit dem Demonstrationsrecht ■ Deutsche Identität und Kolonialismus: Warum die Erinnerungskultur Platz hat für die koloniale Vergangenheit ■ Sprachliche Herabsetzungen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen ■ Khaled Quzmar: Ein Anwalt kämpft für die Rechte palästinensischer Kinder

## Inhalt

Editorial ..... 2

Künstliche Intelligenz im Krieg: „Die Maschine berechnet, wie viele Tote akzeptabel sind“..... 4

115 Jahre Frauentag: Was ist erreicht und wo besteht Handlungsbedarf? ..... 7

Südkoreas Umgang mit dem Demonstrationsrecht ..... 10

Deutsche Identität und Kolonialismus: Warum die Erinnerungskultur Platz hat für die koloniale Vergangenheit .....13

Sprachliche Herabsetzungen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen ..... 16

Khaled Quzmar: Ein Anwalt kämpft für die Rechte palästinensischer Kinder ..... 19

Briefe gegen das Vergessen .....20

**Impressum**
ANKLAGEN ist kein offizielles Amnesty-Organ. ANKLAGEN wird vom Amnesty-Bezirk Tübingen herausgegeben. In einzelnen Beiträgen, insbesondere in namentlich gekennzeichneten, wird nicht immer die Meinung von Amnesty International vertreten.
ANKLAGEN erscheint dreimal jährlich. Der Bezug ist kostenlos.
*Redaktion:*
Christian Eisenreich, Werner Hummel, Anna Kaufmann, Joachim Lerchenmüller, Oliver Montag, Eva Scheerer (ViSdP), Heiderose Schwarz, Niklas Schwarz
*Redaktionsschluss dieser Ausgabe:*
22.09.2026
*Auflage:* 3.200
*Druck:* Druckerei Deile, Tübingen.
*Titelbild:* Khaled Quzmar besucht im Westjordanland eine Mutter und ihre Tochter, die von israelischen Soldaten schwer verletzt wurde, Juli 2026 (s. Artikel S. 19).
*© Amnesty International, Foto: Sergey Ponomarev*

*Der Nachdruck aus* ANKLAGEN *ist ausdrücklich erwünscht. Wir bitten um Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren. Über Zuschriften und Beiträge freuen wir uns sehr.*

*Liebe Freund*innen,*

*„Nie wieder ist jetzt!“*

*Der Aufruf „Nie wieder!“ kondensiert zentrale Lehren aus den Jahren des Terrors und des Angriffs- und Vernichtungskrieges, den die Deutschen in den 1930er und 1940er Jahren über sich, ihre europäischen Nachbarn und über die ganze Welt brachten. Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus. Nie wieder Antisemitismus. Nie wieder Diskriminierung und Verfolgung von Menschen.*

*Das Grundgesetz formuliert diese Lehren jeweils sehr klar aus:*

*„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ (Artikel 3)*

*„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“ (Artikel 21)*

*„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig.“ (Artikel 26)*

*Wie gut gelingt es uns – als Staat, als Gesellschaft, als Einzelne*r –, diese als Gebote und Verbote explizierte Lehren in praktisches Handeln umzusetzen? Wir gewöhnen uns an Drohungen gegen jüdische Gemeinden, denen mit Zufahrtssperren und Polizeipräsenz vor Synagogen begegnet wird, an „Remigrations“-Drohungen einer Partei im Bundestag, an Racial Profiling der Polizei im öffentlichen Raum, an selbsterklärte „national befreite Zonen“, an EU-Abschiebezentren in Drittstaaten und an Waffenexporte Deutschlands in Kriegs- und Spannungsgebiete.*

*Das Jahresende ist traditionell Anlass zurückzublicken und Vorsätze fürs neue Jahr zu fassen. Wie wäre es, wenn wir uns an dem orientieren, was allen Weltreligionen und philosophisch-humanistischen Denktraditionen gemein ist? Wenn wir uns vornehmen, die „Goldene Regel“ im Alltag zu leben, nach der ich mich meinen Mitmenschen gegenüber so verhalten soll, wie ich selbst behandelt werden möchte? Wenn wir als Einzelne*r so handeln, ist viel erreicht, denn damit verändern wir die gesellschaftliche Stimmung. Und was das staatliche Handeln betrifft: Es gilt das Gesetz.*

*Wir wünschen Ihnen einen friedvollen Jahresausklang und alles Gute für 2027.*

*Joachim Lerchenmüller*
*für die Redaktion der ANKLAGEN*

ANKLAGEN im Internet:
Online-Ausgabe: www.anklagen.de
E-Mail: info@amnesty-tuebingen.de

**Sie finden das Amnesty-Büro** in der
Wilhelmstr. 105 (im Glasanbau, Untergeschoss), 72074 Tübingen,
Internet: www.amnesty-tuebingen.de

**Beratungstermine für Interessenten:**
donnerstags um 20 Uhr (während des Semesters)
Es wird empfohlen, per E-Mail einen Termin zu vereinbaren:
hsg@amnesty-tuebingen.de

AMNESTY INTERNATIONAL

# ANKLAGEN

## Wir suchen Dich

**Und Deine Texte**

**Gegen Unrecht**
**Für Menschenrechte**



Anklagen ist das Magazin der Amnesty International Gruppe Tübingen.
Wir sind immer auf der Suche nach Personen, die menschenrechtliche Themen journalistisch aufarbeiten.

Du hast ein Thema, das Dir am Herzen liegt und von dem andere erfahren sollten?
Schreib darüber!

Du möchtest journalistische Erfahrungen sammeln?
Komm in unsere Redaktion!

Nähere Informationen findest Du auf unserer Website:
https://amnesty-tuebingen.de/anklagen-mitmachen/

# „Die Maschine berechnet, wie viele Tote akzeptabel sind“

Der simbabwische Friedensforscher Ishmael Bhila erklärt, warum der Globale Süden im Kampf um die Regulierung autonomer Waffensysteme am meisten zu verlieren hat – und wieso die Modelle nicht frei von Ideologie sind.

*Das Interview führte Bartholomäus Laffert, es erschien am 28. Mai 2026 in der „WOZ Die Wochenzeitung“, Ausgabe Nr. 22. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Journalisten.*

**WOZ: Herr Bhila, Ende Februar wurde eine Primarschule in der südiranischen Stadt Minab von einer Rakete getroffen. Mindestens 175 Menschen starben, darunter 120 Kinder. Gemäß vorläufiger Untersuchungen waren vermutlich die USA für den Angriff verantwortlich. Welche Rolle spielte künstliche Intelligenz (KI)?**

Ishmael Bhila: Erste Berichte deuten darauf hin, dass das KI-System Maven Smart System an der Zielgenerierung beteiligt war – dasselbe System, das innerhalb der ersten 24 Stunden des Krieges gegen den Iran über tausend Zielkoordinaten erzeugte. Solche Empfehlungsalgorithmen geben Entscheidungsträger:innen ein übersteigertes Selbstvertrauen, und die Illusion ihrer Genauigkeit führt dann zu solch schwerwiegenden Fehlern.

**Hätte der Angriff verhindert werden können?**

Gäbe es ein Verbot oder wenigstens die Regulierung automatisierter Waffensysteme oder generell künstlicher Intelligenz im Krieg, hätte der Angriff möglicherweise nie stattgefunden.



*Der simbabwische Friedensforscher Ishmael Bhila arbeitet an der Uni Paderborn zu autonomen Waffensystemen und den Perspektiven des Globalen Südens. Er beobachtet die Verhandlungen zur Rüstungskontrolle bei den Vereinten Nationen in Genf und New York. Bhila ist zudem Mitglied der „Campaign to Stop Killer Robots“, eines Zusammenschlusses von über 270 zivilgesellschaftlichen Organisationen.*

**Wann spricht man von autonomen Waffensystemen?**

Laut der Definition des IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) gilt eine Waffe als autonomes Waffensystem, wenn sie Ziele ohne menschliche Einwirkung auswählt und Gewalt auf sie anwendet. Die Entscheidung, Leben zu nehmen, wird dabei an Maschinen delegiert, ohne dass eine wirkliche menschliche Kontrolle stattfindet.

**Was genau unterscheidet autonome Waffensysteme von konventionellen Drohnen, wie sie die USA jahrelang in Pakistan oder Afghanistan eingesetzt haben?**

Bei einer ferngesteuerten Drohne verfolgt ein Mensch das Ziel auf einem Bildschirm, manchmal über Stunden oder Tage. Der Soldat entwickelt – paradoxerweise – eine Art Bindung. Man sieht, wie jemand mit seiner Familie lebt, wo er schläft und wohin er geht. Die Forschung spricht von einer „moral injury“ – einer psychischen Wunde beim Bediener, wenn er sich mit der Moral seiner Handlungen bei einem Drohnenangriff auseinandersetzen muss. Das mag zynisch klingen, aber es stellt eine Form menschlicher Zurückhaltung dar.

**Aber überprüft heutzutage in der Regel nicht auch ein Mensch, was die KI vorschlägt?**

Theoretisch ja. Die Entwickler autonomer militärischer Systeme sprechen von einem „Human in the Loop“ – einer Person, die die Entscheidung bestätigt. Die Realität ist jedoch komplizierter. Zunächst gibt es das Konzept des„Human on the Loop“: Jemand überwacht das System zwar, greift aber nur dann ein, wenn etwas schiefzulaufen scheint. Hinzu kommt das Phänomen der„Automation Bias“: Wenn eine Technologie eine Empfehlung abgibt, neigen Menschen dazu, diese zu akzeptieren – schlichtweg, weil sie Computern vertrauen. Wenn das System behauptet, eine bestimmte Person sei ein Terrorist – wer will da schon dem Algorithmus widersprechen? Dazu gesellt sich der ope-

rative Druck: Wenn ein System innerhalb von Sekunden tausend potenzielle Ziele identifiziert, bleibt keine Zeit für eine ernsthafte Überprüfung.

**Das klingt nach einem Videospiel.**

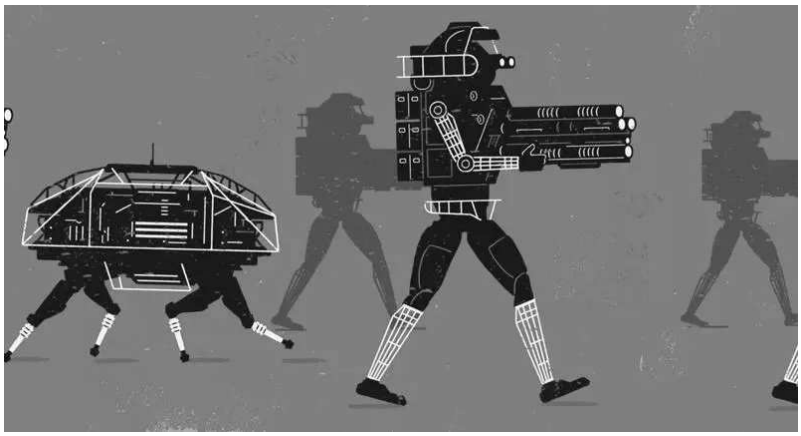
Ja. Das System „Lavender", das das israelische Militär in Gaza einsetzt, vergibt Punktwerte an potenzielle Ziele. Es berechnet, wie viele zivile Todesopfer beim Angriff auf eine bestimmte Person – abhängig von deren Rang – als akzeptabel gelten. Bei einem rangniedrigen Kämpfer lag dieser Wert in den ersten Kriegswochen bei bis zu zehn oder fünfzehn Zivilist:innen; bei hochrangigen Kommandeuren überschritt er die Marke von einhundert. Diese Logik stuft Menschen als entbehrlich ein, spricht ihnen das Recht auf Leben ab. Es ist ein Algorithmus, der berechnet, wie viele Menschen sterben dürfen. Das ist nicht abstrakt, das geschieht gerade.

**Militärvertreter:innen argumentieren, diese Systeme ermöglichten präzisere Angriffe und würden Zivilist:innen somit besser schützen.**

Untersuchungen legen das Gegenteil nahe. Kriege werden durch diese Systeme stark beschleunigt – Ziele werden schneller ausgewählt, die Zerstörung schreitet rascher voran. In Gaza markierte „Lavender" Zehntausende Palästinenser:innen als potenzielle Ziele. Ein General der US Air Force merkte bereits 2021 an, dass ein KI-gestütztes Zielsystem unter realen Bedingungen eine Trefferquote von lediglich rund 25 Prozent erreichte – obwohl das System selbst seine eigene Zuverlässigkeit auf 90 Prozent schätzte. Die Maschine ist nicht präziser. Sie ist lediglich schneller.

**Die Hersteller behaupten, die Systeme würden sich mit der Zeit verbessern.**

Das ist ein besonders sadistisches Argument. Denn diese Systeme werden nicht nur in Laboren getestet – sie werden an echten Menschen erprobt. In Libyen, Äthiopien, Gaza, im Iran. Es herrscht ein sehr westlicher, sehr „positivistisch"-naiver Glaube vor, Technologie sei von Natur aus neutral, objektiv und fortschrittlich – dass sie zwar Fehler mache, diese aber letztlich überwinden werde. Doch diese „Fehler" sind Menschenleben. Und die Modelle sind keineswegs frei von Ideologie.



*Galten autonome Waffensysteme vor kurzem noch als Erfindungen aus Science-Fiction-Filmen, spielt künstliche Intelligenz in Kriegen eine immer größere Rolle.*
*Quelle: www.amnesty.de © Jens Bonnke*

**Inwiefern?**

Die Systeme tragen die Vorurteile jener in sich, die sie entwickelt haben – ein Phänomen, das als „algorithmische Verzerrung" bekannt ist. Die gesellschaftlichen Vorurteile, die wir hegen – Rassismus, Sexismus und dergleichen – sind in diesen Systemen kodiert und werden durch technologische Gewalt reproduziert. „Project Maven" – das zentrale KI-gestützte Zielerfassungsprogramm des US-Militärs – wurde explizit im Kontext des „Kriegs gegen den Terror" entwickelt, wobei der Fokus auf einer ganz bestimmten Gruppe und einem spezifischen Profil von Menschen lag. Alex Karp, der CEO von Palantir, der bei der Entwicklung eine zentrale Rolle spielte, hat öffentlich erklärt, er wolle dem Westen „zu seiner offensichtlichen, ihm innewohnenden Überlegenheit verhelfen". Genau diese Ideologie ist in den Systemen festgeschrieben.

**In der Ukraine half die Software von Palantir dem Militär dabei, sich gegen die russische Invasion zu verteidigen. Dem „Time"-Magazin sagte Karp, das biete die Möglichkeit, Palantirs Mission, „den Westen zu verteidigen", zu erfüllen.**

Die Entscheidung des Systems darüber, wer als Mensch gilt und wer nicht, ist sowohl historisch als auch strukturell bedingt. Wie Sie an den Aussagen von Karp sehen: Die Ukrainer:innen werden von den Entwicklern dieser Technologien als schutzwürdige Menschen betrachtet. Die Menschen in Gaza wurden – derselben Logik folgend – offenbar nicht auf diese Weise wahrgenommen. Folglich muss der Einsatz dieser Systeme im Kontext jener ungleichen globalen Strukturen verstanden werden, die bestimmte Bevölkerungsgruppen zu bloßen „Wegwerfmenschen" degradieren.

**Warum gibt es kein internationales Verbot von KI-Waffen – so, wie chemische und biologische Waffen oder Landminen verboten sind?**

Seit 2014 gibt es Bemühungen, automatisierte Waffensysteme in die Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) aufzunehmen, einen Waffenkontrollvertrag der UNO, der den Einsatz besonders grausamer Waffen reguliert oder diesen ganz verbietet. Doch es

gibt viele Probleme und Hürden, etwa das Konsensprinzip der CCW: Demnach können Ergebnisse nur erzielt werden, wenn alle Vertragsstaaten zustimmen – jeder Staat besitzt also ein Vetorecht.

**Und welche Staaten blockieren?**

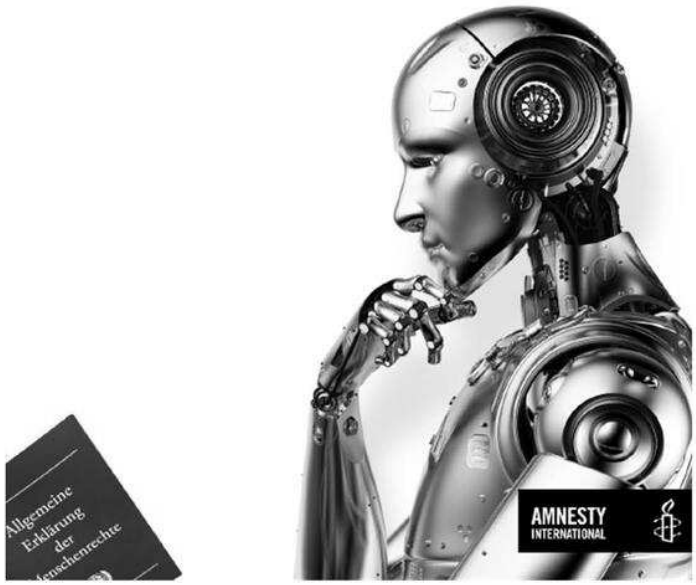
Die wichtigsten Blockierer sind die USA, Russland, Israel und die Türkei. Offiziell lautet ihr Argument, sie wollten der Innovation nicht im Wege stehen und hielten die bestehenden Gesetze für ausreichend. Inoffiziell verfolgen sie jedoch enorme wirtschaftliche und militärische Interessen. Eine verbindliche Regulierung würde ihren vermeintlichen strategischen Vorteil einschränken. Und Staaten mit imperialen Ambitionen sehen in diesen Waffen ein Mittel, um diese zu verfolgen, ohne das Leben eigener Soldat:innen aufs Spiel zu setzen.

**Und wer setzt sich für eine Regulierung ein?**

Mehr als hundert Staaten – die meisten davon aus dem Globalen Süden – fordern ein völkerrechtlich verbindliches Instrument. Dazu gehören unter anderem Sierra Leone, Costa Rica, Mexiko und Uruguay. Ihnen haben sich europäische Länder wie Österreich, Irland und die Schweiz angeschlossen. Es gibt auch bereits einen Entwurf für ein Zusatzprotokoll zur CCW, das autonome Waffensysteme regulieren würde. Und im November stimmten in der UNO-Generalversammlung 156 Staaten für eine Resolution, die zu dringendem Handeln aufruft. Lediglich fünf Staaten stimmten dagegen.

**Warum engagieren sich gerade die Staaten des Globalen Südens so stark in dieser Frage?**

Die Systeme ermöglichen es, die Souveränität eines Staates zu verletzen, ohne dabei Spuren zu hinterlassen, die eine potenzielle Verantwortung und Rechenschaftspflicht nach sich ziehen würden. Und historisch betrachtet, dies ist der Kern der Sache, haben viele dieser Staaten imperiale Gewalt am eigenen Leib erfahren. In diesen Technologien erkennen sie die gleiche Logik wieder – wenn auch in einer neuen Form.




*„Wenn ein System innerhalb von Sekunden tausend potenzielle Ziele identifiziert, bleibt keine Zeit für eine ernsthafte Überprüfung."*

*Bildquelle: www.amnesty.de*

**Können Sie Beispiele nennen?**

Der Einsatz von KI-gestützten Empfehlungssystemen – etwa „Claude" bei der Entführung von Nicolas Maduro in Venezuela und im Iran, „Lavender" in Gaza sowie „Maven" im Nahen Osten generell – deutet auf die weitverbreitete Nutzung aufstrebender Militärtechnologien im Globalen Süden hin.

**Wie schätzen Sie die Chancen auf ein internationales Abkommen ein?**

Die nächste Überprüfungskonferenz des CCW ist für November in Genf angesetzt*. Die Frage wird sein, ob ein Mandat für tatsächliche Vertragsverhandlungen verabschiedet wird – oder ob es bei unverbindlichen Diskussionen bleibt.

**Was geschieht, wenn es nicht zu einer Regulierung kommt?**

Das erleben wir bereits. Die Logik der Mächtigen setzt sich durch. Und das sind nicht nur die alten imperialen Mächte, sondern auch Länder wie die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate oder Indien: Staaten, die wissen, dass diese Technologien kostengünstiger sind als konventionelle militärische Machtmittel, und die ihre eigenen Einflusssphären aufbauen. Wenn es keine Regulierung gibt, sinkt die Schwelle zur Kriegsführung. Das Tempo der Zerstörung nimmt zu. Und die Frage, wer ein legitimes Ziel darstellt – wer als Mensch zählt und wer nicht –, wird von keinem Menschen mehr beantwortet, sondern von einer Maschine.

** Anmerkung der ANKLAGEN-Redaktion: Die nächste Überprüfungskonferenz des CCW findet vom 16. bis 20. November 2026 in Genf statt, auf ihr soll auch die Regulierung von autonomen Waffensystemen thematisiert werden.*

# 115 Jahre Frauentag: Was ist erreicht und wo besteht Handlungsbedarf?

Der Internationale Frauentag jährte sich in diesem Jahr zum 115. Mal. Werbeanzeigen aus den 1950er-Jahren, die für neue Küchengeräte für das „Heimchen am Herd“ warben, wirken heute aus der Zeit gefallen. Gleichzeitig erinnern die Biographien von Frauen wie Amelia Earhart, Marie Curie, Marlene Dietrich oder Gertrude Ederle daran, dass die Geschichte von Frauenrechten und Rollenbildern keineswegs geradlinig verlaufen ist. Der 115. Frauentag bietet deshalb Anlass, genauer hinzuschauen: Ist die „Frau am Herd“ längst Vergangenheit oder für viele Frauen noch immer Realität? Welche Erwartungen und Wünsche haben Frauen in der Europäischen Union im Jahr 2026? Und welche Hindernisse stehen einer vollständigen Gleichstellung weiterhin im Weg?

### Von der Ehepflicht zur Emanzipation

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert war der gesellschaftliche Handlungsspielraum von Frauen stark eingeschränkt. Die Ehe galt als vorgezeichneter Lebensweg; alternative Lebensentwürfe waren selten vorgesehen oder gesellschaftlich akzeptiert. Dennoch gab es immer Frauen, die sich nicht auf diese Rolle beschränken ließen und eigene Wege gingen. Zu ihnen gehörten Unternehmerinnen und Erfinderinnen wie Melitta Bentz, Politikerinnen und Frauenrechtlerinnen wie Gertrud Bäumer sowie Aktivistinnen wie die britische Suffragette Emmeline Pankhurst. Sie kämpften für das Frauenwahlrecht, bessere Bildungschancen, wissenschaftliche Teilhabe und gesellschaftlichen Fortschritt.

Auch scheinbar alltägliche Veränderungen hatten eine politische Dimension. Als Frauen zunehmend Hosen trugen, war das nicht nur eine modische Entwicklung, sondern auch Ausdruck wachsender Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Emanzipation.

### Nachkriegszeit: Zwei deutsche Wege

Das nationalsozialistische Regime propagierte ein stark rückwärtsgewandtes Frauenbild. Historisch gewachsene Geschlechterrollen wurden ideologisch überhöht und festgeschrieben. Die Vorstellung der Frau als Mutter und Hausfrau prägte das gesellschaftliche Denken weit über das Ende des Zweiten Weltkriegs hinaus.

In den Nachkriegsjahren trugen Frauen maßgeblich zum Wiederaufbau bei. Dennoch waren sie in keinem der beiden deutschen Staaten vollständig gleichgestellt. In der DDR sollten Frauen ausdrücklich berufstätig und wirtschaftlich unabhängig sein. Bereits die Verfassung von 1949 schrieb die Gleichberechtigung von Frauen und Männern fest. Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu ermöglichen, investierte der Staat früh in den Ausbau der Kinderbetreuung. In den westlichen Besatzungszonen und später in der Bundesrepublik verband sich der Wunsch nach Normalität dagegen häufig mit einer Rückkehr zu traditionellen Familienvorstellungen. Frau sein bedeutete oft, den Ehemann zu unterstützen, den Haushalt zu führen oder in typischen Frauenberufen zu arbeiten. Die Leitbilder von „Kinder, Küche, Kirche“ und der Hausfrauenehe blieben prägend.

Gleichzeitig begannen immer mehr Frauen, diese Vorstellungen infrage zu stellen. Sie strebten an die Universitäten, ergriffen qualifizierte Berufe und forderten politische Teilhabe ein. Ein Symbol dafür war ein Protest von CDU-Politikerinnen im November 1961. Unter anderem Helene Weber und Aenne Brauksiepe organisierten einen Sitzstreik im Bundeskanzleramt, nachdem Bundeskanzler Konrad Adenauer erneut keine Frau in sein Kabinett berufen wollte. Der Druck zeigte Wirkung: Am 14. November 1961 wurde Elisabeth Schwarzhaupt zur ersten Bundesministerin der Bundesrepublik Deutschland ernannt.

Auch vor Gericht wurden wichtige Fortschritte erzielt. 1979 klagten 29 Arbeitnehmerinnen des Heinze-Fotolabors gegen eine sogenannte Männerzulage, die männlichen Beschäftigten trotz gleicher Tätigkeit gezahlt wurde. 1981 entschieden die Richterinnen und Richter des Bundesarbeitsgerichts zugunsten der Klägerinnen.

Spätestens in den 1980er-Jahren verlor die klassische Hausfrauenehe in Westdeutschland ihre Rolle als gesellschaftliches Leitmodell. Dennoch wurden Frauen in Führungspositionen weiterhin mit Fragen konfrontiert, die Männern kaum gestellt wurden. „Kinder oder Karriere?“ blieb häufig ein Spannungsfeld, ebenso wie stereotype Erwartungen an weibliche Rollen.

.

### Frauenbilder zwischen Emanzipation und neuen Erwartungen

Auch in den 1990er- und 2000er-Jahren wirkten traditionelle Rollenbilder fort. Ein oft genanntes Beispiel ist die Auszeichnung der deutschen Fußballnationalmannschaft der Frauen mit einem Kaffeeservice nach einem sportlichen Erfolg 1989. Solche Gesten zeigen, dass traditionelle Vorstellungen von Weiblichkeit auch in jüngerer Zeit gesellschaftlich präsent waren.

Gleichzeitig veränderten sich Frauenbilder in Medien und Pop-




*„Was würdest Du sagen, wenn ich Dir zu Weihnachten eine Constructa schenke?" (Waschmaschinenwerbung von 1959)*
*Quelle: Wirtschaftswundermuseum – Frauenbild der 1950er-Jahre, www.wirtschaftswundermuseum.de/frauenbild-50er-1.html*

kultur. Weibliche Figuren wurden zunehmend vielschichtiger dargestellt. Frauen konnten klug, humorvoll, ehrgeizig oder widersprüchlich sein und mussten nicht länger nur klassischen Rollenvorstellungen entsprechen.

Mit der Jahrtausendwende nahm auch die wirtschaftliche Selbstständigkeit von Frauen weiter zu. Gleichzeitig wurden weibliche Körper und weibliche Sexualität sichtbarer im öffentlichen Raum und in den Medien. Das eröffnete neue Möglichkeiten individueller Selbstbestimmung. Zugleich blieb der Druck bestehen, bestimmten Schönheitsidealen und Körpernormen zu entsprechen.

Viele junge Frauen wuchsen daher in den 2000er-, 2010er- und frühen 2020er-Jahren mit einer Mischung aus traditionellen und modernen Rollenvorstellungen auf. Trotz vieler Fortschritte blieb die ungleiche Bezahlung bei gleicher Arbeit in verschiedenen Branchen ein Thema.

### Wo stehen wir heute? Gibt es einen Rückschritt bei den Geschlechterrollen?

Teenager und junge Erwachsene beziehen ihre Vorstellungen von Geschlechterrollen heute zunehmend aus Sozialen Medien. Auf diesen Plattformen finden sich Dating-Coaches, Lifestyle-Influencer und auch Akteure, die offen frauenfeindliche Positionen vertreten. Gleichzeitig bleiben Geschlechterdarstellungen in klassischen Medien erstaunlich stabil. Die Medienwissenschaftlerin Martina Thiele stellte fest, dass Frauenfiguren zwar vielfältiger geworden sind, aber häufig weiterhin auf wenige stereotype Rollen reduziert werden. Männer erscheinen dagegen häufiger in ihrer gesamten gesellschaftlichen und persönlichen Vielfalt. Auch heute ist die Bandbreite weiblicher Rollenbilder, insbesondere bei positiv dargestellten Figuren, mitunter noch eingeschränkt.

Ein Blick auf aktuelle Umfragen und Statistiken gibt Anlass zur Aufmerksamkeit. Daten des Meinungsforschungsinstituts Ipsos zeigen deutliche Unterschiede zwischen den Generationen: EU-weit stimmen 30 Prozent der befragten Männer der Generation Z der Aussage zu, Frauen sollten ihren Männern gehorchen. Unter den männlichen Babyboomern liegt dieser Anteil bei 13 Prozent.

Zudem sind 61 Prozent der befragten Männer der Generation Z der Ansicht, dass für die Gleichstellung von Frauen in ihrem Land bereits genug getan worden sei. Viele junge Männer stellten nicht nur einschränkende Erwartungen an Frauen, sondern seien selbst von restriktiven Geschlechternormen betroffen.

Die Ipsos-Daten zeigen allerdings auch ein differenzierteres Bild: In Deutschland glaubt lediglich jede beziehungsweise jeder Zehnte, dass Frauen davon profitieren, wenn Männer traditionellen männlichen Rollenbildern folgen. Dies ist der niedrigste Wert unter den untersuchten Ländern. Zugleich befürworten rund drei Viertel der Befragten eine faire Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit.

### Hat die Pandemie die Gleichstellung zurückgeworfen?

Während der Corona-Pandemie wurden Befürchtungen laut, die Krise könne die Gleichstellung um Jahrzehnte zurückwerfen. Neuere Studien relativieren jedoch diese Befürchtungen. Frauen vertreten am Arbeitsmarkt zwar tendenziell egalitärere Vorstellungen von Geschlechterrollen als Männer. Die Pandemie hat die Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen, Männern und nicht-binären Personen jedoch nur begrenzt verändert. Bei Männern ging die Vollzeiterwerbsarbeit im ersten Pandemiejahr sogar etwas stärker zurück.

### Frauen in Führung: Fortschritte mit Grenzen

Politikerinnen wie Angela Merkel und Annalena Baerbock haben dazu beigetragen, dass Frauen in politischen Spitzenämtern heute als selbstverständlicher wahrgenommen werden als noch vor wenigen Jahrzehnten.

Dennoch zeigt ein Blick auf die Statistiken, dass Frauen in Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert sind. EU-weit waren im Jahr 2024 rund 35,2 Prozent der Führungskräfte Frauen. In Deutschland lag der Anteil bei 29,1 Prozent. Auch die Sorgearbeit ist weiterhin ungleich verteilt. Nach Angaben des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen leisten Frauen rund 59 Prozent der Care-Arbeit. Woran liegt das?

### Das Thomas-Prinzip

Die Soziologie beschreibt seit Langem einen Mechanismus, der als Thomas-Prinzip bekannt ist: Men-

schen in Führungspositionen fördern häufig Personen, die ihnen ähneln. Da Führungspositionen historisch überwiegend von Männern besetzt wurden, konnten sich männlich geprägte Netzwerke vielfach selbst reproduzieren. Hinzu kommen weitere strukturelle Hindernisse. Dazu zählen geschlechtsspezifische Gewalt, tradierte Rollenbilder in der Erziehung, geschlechtstypische Berufswahlen sowie Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt.

Im Alltag zeigt sich dies häufig in scheinbar kleinen Dingen. Hausaufgaben von Kindern zu betreuen, Angehörige zu pflegen oder den Haushalt zu organisieren wird noch immer deutlich häufiger Frauen zugeschrieben, obwohl diese Tätigkeiten keinen direkten Bezug zum Geschlecht haben. Zudem sind in vielen Gesellschaften Tendenzen einer sogenannten Re-Traditionalisierung zu beobachten. Häufig wird dabei mit biologischen Unterschieden argumentiert. Schwangerschaft und Stillen betreffen Frauenkörper. Welche Konsequenzen daraus für die Verteilung von Verantwortung und Arbeit in Familie und Gesellschaft folgen sollen, wird jedoch sehr unterschiedlich bewertet.

Genau an diesem Punkt verläuft ein zentraler gesellschaftlicher Konflikt. Geht es bei Gleichstellung vor allem um gleiche Rechte und Chancen? Um eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Care-Arbeit? Oder auch darum, traditionelle Rollenerwartungen grundsätzlich zu hinterfragen?

Diese Debatten finden in einem zunehmend polarisierten Umfeld statt. Sie berühren Fragen des Privatlebens ebenso wie Fragen des Arbeitsmarktes, der Familienpolitik, der Kinderbetreuung und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

### Welche Veränderungen wären möglich?

Unabhängig von politischen Positionen stellt sich die Frage, welche Veränderungen grundsätzlich denkbar wären und welche Ziele Frauenbewegungen historisch verfolgt haben.

Die Europäische Kommission verfolgt seit mehreren Jahren Strategien zur Gleichstellung der Geschlechter. Dazu gehören Maßnahmen zum Mutterschutz, zum Kündigungsschutz und zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Diskriminierung. Im März 2026 wurde zudem eine neue Gleichstellungsstrategie für den Zeitraum von 2026 bis 2030 vorgestellt. Die vorgesehenen Maßnahmen umfassen unter anderem eine bessere Strafverfolgung geschlechtsspezifischer Gewalt und von Cybergewalt; die Förderung der Frauengesundheit; eine Überprüfung bestehender Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten; weitere Schritte zur europaweiten Umsetzung des Grundsatzes „Ja heißt Ja“; Instrumente für geschlechtsneutrale Stellenbewertung und Vergütungssysteme; die stärkere Berücksichtigung frauenspezifischer Erkrankungen in Forschung und Gesundheitsversorgung; Maßnahmen zur frühkindlichen Bildung; Initiativen für Pflege und Betreuung; Strategien zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Rentenlücke sowie Programme gegen Belästigung am Arbeitsplatz.

### Mögliche Ansatzpunkte für mehr Gleichstellung

Führungsaufgaben könnten häufiger auf mehrere Personen verteilt werden. Solche „Führung-im-Tandem-Modelle“ können die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und neue Karrierewege eröffnen. Geschlechterquoten werden von Befürworterinnen und Befürwortern als Möglichkeit gesehen, strukturelle Barrieren abzubauen und Frauen den Zugang zu Führungspositionen zu erleichtern. Pflege-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit könnten gesellschaftlich und wirtschaftlich stärker anerkannt werden. Auch nachbarschaftliche und kommunale Unterstützungsmodelle werden diskutiert. Eine gleichmäßigere Verteilung von Elternzeiten könnte dazu beitragen, traditionelle Rollenaufteilungen abzubauen. Ein weniger stereotypes Verständnis von Bildung und Berufswahl könnte helfen, geschlechtsbezogene Vorurteile frühzeitig zu reduzieren. Flexible Arbeitsmodelle, stärkere Mitbestimmung und leistungsfähige Gewerkschaften könnten dazu beitragen, strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

### Blick nach vorn

Die Zukunft der Gleichstellung in Europa bleibt offen. Die Entwicklung seit den 1960er-Jahren zeigt, dass Frauenrechte zunehmend rechtlich abgesichert und gesellschaftlich normalisiert wurden. Rechtliche Gleichstellung führt jedoch nicht automatisch zu gleichberechtigten Lebensrealitäten.

Einige Studien deuten darauf hin, dass bestimmte progressive Milieus der 1970er- und 1980er-Jahre in einzelnen Lebensbereichen sogar egalitärere Vorstellungen vertreten haben könnten als Teile der heutigen Gesellschaft. Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen, etwa Fortschritte in der Endometriose-Diagnostik oder die zunehmende Diskussion über geschlechtsspezifische Gesundheitsversorgung, dass die Bedürfnisse von Frauen und nicht-binären Personen weiterhin politisch und gesellschaftlich ausgehandelt werden.

Die zentrale Frage bleibt daher bestehen: Wie viel Gleichstellung ist bereits gelebte Realität und wie viel bleibt gesellschaftlicher Anspruch? Ob die Debatten um Frauenrechte künftig leiser oder lauter werden, lässt sich kaum vorhersagen. Sicher ist lediglich: Die Geschichte der Gleichstellung ist nicht abgeschlossen. Auch 115 Jahre nach dem ersten Internationalen Frauentag wirft sie mehr Fragen auf, als sie endgültig beantworten kann.

*Die Redaktion*

# Südkoreas Umgang mit dem Demonstrationsrecht

Der südkoreanische Assembly and Demonstration Act stellt Ruhezonen und ungestörten Verkehrsfluss über das Menschenrecht auf friedliche Demonstrationen und öffentliche Meinungsäußerung. Er verlangt eine frühe ausführliche Voranmeldung und erlaubt Staat und Polizei, friedliche Proteste aus trivialen Gründen zu verbieten und mit unverhältnismäßiger Härte aufzulösen.

### Ruhe und Ordnung schlägt Demonstrationsrecht

Der Assembly and Demonstration Act (ADA) wurde während der Militärdiktatur Anfang der 1960er-Jahre eingeführt und seither mehrfach erweitert und überarbeitet. Grundsätzlich erlaubt ADA friedliche Demonstrationen, einige Artikel jedoch widersprechen dem UN-Zivilpakt, dem Südkorea im April 1990 als Vertragsstaat beitrat. Während viele der enthaltenen Artikel friedliche Demonstrationen unter Schutz stellen – so verbietet Artikel 3 grundsätzlich die Unterbrechung laufender Versammlungen –, reiben sich Menschenrechtler an Passagen, die eine Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung offen über das Versammlungsrecht stellen. Die verschiedenen willkürlichen Einschränkungen erschweren es den Demonstranten bewusst, ihren jeweiligen Anliegen ausreichend Gehör zu verschaffen und höhlen damit den UN-Zivilpakt aus. In zwei Berichten zu Südkorea mit den Titeln „Right of the People, Duty of the State“ (von 2025) sowie „Mission Failed“ (von 2017) fordert Amnesty International die Entschärfung und eine menschenrechtskonforme Anwendung der ADA-Artikel. Derzeit erlauben verschiedene Artikel das Verbot von Demonstrationen neben legitimen Sicherheitsbedenken auch aufgrund des gewählten Ortes, des Zeitfensters oder zu erwartender Verkehrsstörungen. Damit lassen sich die Artikel dazu missbrauchen, Proteste gezielt zu unterdrücken. Ferner wird die Schwelle für die Auflösung laufender Protestaktionen sehr niedrig angesetzt. Prinzipiell muss jede öffentliche Versammlung spätestens 48 Stunden vor Beginn angemeldet werden.

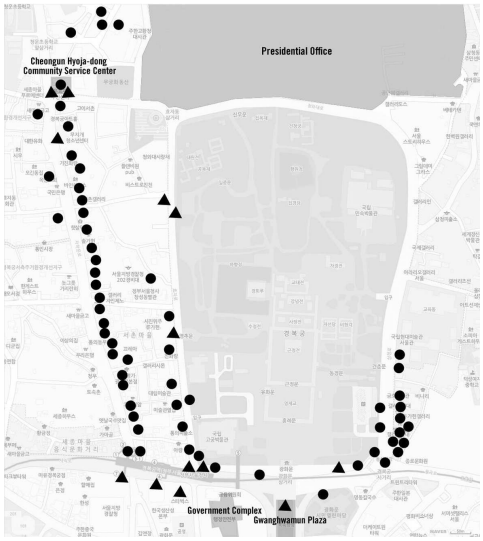
### Heile Welt

Südkorea hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einer aufstrebenden High-Tech-Nation entwickelt und präsentiert sich in bewusster Abgrenzung zum totalitären Nordkorea gerne als eine offene demokratische Gesellschaft. In der öffentlichen Wahrnehmung gilt das Land als vergleichsweise modern, friedlich und ruhig. Die Wahrung dieser Außenwirkung hat für den Staat hohe Priorität und wird teilweise über die Belange der Bevölkerung gestellt. Zunehmender Großdemonstrationen auf der Straße überdrüssig, überspannte der ehemalige Präsident Yoon Suk-yeol im Dezember 2024 den Bogen und rief überraschend das Militärrecht aus. Der Schuss ging nach hinten los, und auf weitere energische Massenproteste folgte seine Zwangsabsetzung im April 2025. Dies zeigt, wie dünnhäutig teilweise auf vermeintliche Angriffe auf die öffentliche Ordnung reagiert wird. Der ADA enthält weiterhin die strittigen Artikel, die auch vor, während und nach der Amtszeit von Präsident Yoon einen effektiven öffentlichen Protest erschwerten – das gilt insbesondere für die Umgebung des Regierungssitzes im Distrikt Yongsan der Hauptstadt Seoul.

Während es in Deutschland durchaus üblich ist, direkt vor dem Bundesverfassungsgericht, vor Botschaften oder dem Reichstagsgebäude zu demonstrieren, ist dies in Südkorea unmöglich. Artikel 11 des ADA verbietet öffentliche Versammlungen im Umkreis von 100 Metern um das Nationalparlament, sämtliche Gerichte, die Wohnsitze des Präsidenten, des Premierministers und anderer hochrangiger Amtsträger sowie diplomatische Vertretungen. Ausnahmen sind nur möglich, wenn garantiert werden kann, dass die Tätigkeiten der jeweiligen Institutionen auf keine Weise unterbrochen oder gestört werden. Da bereits Protestrufe in Hörweite oder Plakate im Sichtbereich nach dieser Definition als störend gelten, ist die Anmeldung einer Protestaktion innerhalb der Sperrzonen weitgehend zwecklos. In der Praxis werden diese ohnehin großen Bereiche unter Berufung auf Artikel 12 noch weiter ausgedehnt, indem man die umliegenden Straßen und den öffentlichen Nahverkehr ebenfalls in die Antragsbewertung einbezieht. Die Artikel 10, 11 und 12 stehen im Mittelpunkt der Kritik von Amnesty International.

### Hohe Hürden für Versammlungen im öffentlichen Raum

In Südkorea ist es auf Basis des ADA nicht nur möglich, an bestimmten Orten Proteste zu verbieten (Artikel 11), sondern auch während arbiträr gewählter Zeitfenster (Artikel 10) und aufgrund einer erwartbaren Verkehrsbehinderung (Artikel 12) – aus Sicht von Menschenrechtsorganisationen unverhältnismäßige und vorgeschobene Begründungen, zumal die Verantwortung vollständig auf die Organisatoren abgewälzt wird. So wird für Versammlungen an Verkehrsknotenpunkten zwingend ein Konzept verlangt, dass während der gesamten Dauer der Protestveranstaltung jede Störung des Verkehrsnetzes vermeidet. Eine Option ist die Benennung sogenannter „Guides“ unter den Teilnehmern, die als zivile Verkehrspolizisten einen permanent unterbrechungsfreien Verkehr garantieren müssen. Diese absurde Anforderung schreckt viele Antrag-




*Diese Auswahl abgelehnter Versammlungsanträge aus dem Sommer 2014 zeigt, wie großräumig Versammlungen um das Präsidentenbüro verhindert werden. Dreiecke bedeuten verbotene Versammlungen für den 8. Mai 2014, Kreise verbotene Versammlungen für den 10. Juni 2014.*
*Quelle: www.amnesty.org/en/documents/asa25/7119/2017/en/*

steller ab. Nach Artikel 10 müssen zudem alle Versammlungen tagsüber stattfinden, da „niemand […] vor Sonnenaufgang oder nach Sonnenuntergang eine Versammlung im Freien abhalten oder eine Demonstration veranstalten [darf]". Auch hier gibt es wieder eine Ausnahmeregel, die aber sehr selten greift. Hierzu wird ein triftiger Grund verlangt, warum die Versammlung nur außerhalb der erlaubten Zeit möglich sein soll. Die Staatspolizei kann die Anträge ablehnen, bewilligen wie gesehen oder bei der Bewilligung einen alternativen Ort und/oder Zeitpunkt vorschreiben.

Der Amnesty-Report „Right of the People, Duty of the State" schlüsselt die Zahl der Ablehnungen von Januar 2022 bis Juni 2024 für drei Polizeibezirke von Seoul auf. Demnach wurden in diesem Zeitraum insgesamt 1.031 von 31.515 Versammlungsanfragen abgelehnt, der überwiegende Teil auf Basis der Artikel 11 und 12. Dabei wurde Ende 2022 ein signifikanter Anstieg solcher Ablehnungen registriert. Dies deutet aus Sicht der Autoren darauf hin, dass die Polizei die Zahl der Demonstrationsverbote in Phasen allgemeiner Unzufriedenheit mit der Regierung jederzeit erhöhen und so das Versammlungsrecht aushebeln kann. Der ADA wird auch herangezogen, um bereits laufende unbequeme Demonstrationen aufgrund kleinster Verstöße nachträglich für illegal zu erklären und kurzerhand aufzulösen – selbst wenn diese ansonsten friedlich ablaufen.

### Marginalisierung von Randgruppen

Besonders problematisch ist die repressive Anwendung des ADA, wenn es bei den Versammlungen um den öffentlichen Personenverkehr selbst geht. Zu spüren bekam das bis zu einem Kompromiss im August 2026 über viele Jahre die Behindertenrechtsorganisation Solidarity Against Disability Discrimination (SADD), die sich seit ihrer Gründung im September 2007 mit friedlichem Protest für einen besseren Zugang körperlich eingeschränkter Menschen zum öffentlichen Personennahverkehr und dadurch mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einsetzt. Zum Zeitpunkt der Gründung waren noch etliche altmodische Plattformlifte im Einsatz, die konstruktionsbedingt sehr gefährlich für Rollstuhlfahrer waren. Erst im Sommer 2024 erfolgte der endgültige Beschluss, die unsicheren Lifte nach über 30 Jahren und etlichen teils tödlichen Unfällen abzuschaffen – auch auf Druck der SADD.

Bei ihren Protesten versammeln sich die Mitglieder, die überwiegend auf Rollstühle angewiesen sind, an den U-Bahn-Stationen und sehen sich dabei einer Reihe von Polizisten gegenüber, deren Zahl die der Teilnehmer weit übersteigen kann. Die Versammlungen werden nur genehmigt und toleriert, sofern sich die Protestierenden von den Zügen fernhalten und ruhig verhalten. Nach dem die SADD nach vielen Jahren 2025 wieder damit begann, aktiver in den öffentlichen Nahverkehr einzugreifen, zeigte sich die Nulltoleranz der Polizisten. Bei dem sogenannten „subway-riding" steigen mehrere Rollstuhlfahrer zeitgleich besonders langsam in die U-Bahnen ein oder erschweren anderen Passagieren den Ein- und Ausstieg. Bereits diese vergleichsweise milde und friedliche Form des Protests geht der südkoreanischen Polizei oft zu weit. Eine solche Aktion wurde nach Bericht der Korea Times im April 2025 mit unverhältnismäßiger Härte aufgelöst: Gegen acht Uhr morgens und somit mitten im Berufsverkehr hatten sich die Demonstranten in der U-Bahn-Station Hyehwa versammelt. Sie wurden unter Verweis auf die Sicherheit des Bahnverkehrs umgehend des Ortes verwiesen, obwohl keine konkrete Gefahr von ihnen ausging. Nachdem sich die SADD-Aktivisten zu Recht weigerten, kam es zunächst zu einer verbalen und kurz darauf körperlichen Auseinandersetzung zwischen den Rollstuhlfahrern und der zahlenmäßig stark überlegenen Polizei. Die Aktivisten



*Kyung Seok Park ist der öffentliche Sprecher der Solidarity Against Disability Discrimination. Seit einem Drachenflugunfall setzt sich der Aktivist gemeinsam mit seinen Mitstreitern für eine bessere Inklusion ein.*
*Quelle: Amnesty International*



*Bei einem Protest im April 2022 an der Hyehwa-U-Bahn-Station wurden die SADD-Aktivisten mit einer martialischen Polizeisperre am Einstieg gehindert.*
*Quelle: The Korea Times*

wurden dabei teilweise verletzt und ihre Rollstühle beschädigt. Die Polizei begründet ihr überzogen brutales Vorgehen mit einer Störung des Geschäftslebens und ist dabei vom ADA gedeckt – tatsächlich handelt es sich um die anlasslose gewaltsame Auflösung einer friedlichen Protestaktion. Die SADD ließ sich davon nicht einschüchtern. Im Juli 2026 wurde zum ersten Mal nach über 20 Jahren ein gemeinsames „bus-boarding" organisiert, um für mehr Niederflurbusse und Einstiegshilfen zu demonstrieren.

**Tod durch Wasserwerfer**

Die südkoreanische Polizei ist grundsätzlich dazu befugt, auch weitgehend friedliche Demonstranten mit Reizgas und Wasserwerfern zu zerstreuen. Der Amnesty-Bericht „Mission Failed" weist darauf hin, dass dies völlig unverhältnismäßig ist: „Das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE/ODIHR) legt ausdrücklich fest, dass Wasserwerfer niemals zur Auflösung friedlicher Proteste eingesetzt werden sollten." Der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit Maina Kiai hält Machtdemonstrationen wie das Umstellen mit Polizeibussen und den Einsatz von Wasserwerfern oder Tränengas ohnehin für kontraproduktiv: „Die Art und Weise, wie solche Taktiken eingesetzt werden […] führt mit ziemlicher Sicherheit zu einer Verschärfung der Spannungen zwischen der Polizei und den Demonstrierenden, die solche Maßnahmen als unbegründete Angriffe verstehen. Eine solche Aggression erzeugt weitere Aggression."

Der Bericht schildert den tragischen Tod des Bauern Baek Nam-gi bei einer Volkskundgebung am 14. November 2015. An der „People's Rally" nahmen damals über 70.000 Menschen aus verschiedenen Gewerkschaften, Bauernverbänden, Studierenden- und Bürgerrechtsgruppen teil, wobei von insgesamt 63 angemeldeten Versammlungen im Vorfeld 15 verboten worden waren. Der 69-jährige Baek Nam-gi lief für die Gruppe „Katholische Koreanische Bauern" mit, um einen besseren Schutz der einheimischen Reispreise einzufordern. Am Tag der Demonstration rückte die Polizei mit einem Großaufgebot in Armeestärke auf und blockierte mit Bussperren die Wege zum Regierungssitz. Zusätzlich wurden 19 massive mobile Wasserkanonen mobilisiert. Wie von Maina Kiai prognostiziert sorgten die massiven Bussperren für großen Frust, und die Lage eskalierte. Bereits ein harmloses Anbringen von Aufklebern oder das Zerren an der Absperrung durch einzelne Teilnehmer führte zum großflächigen Einsatz der Wasserwerfer. Insgesamt wurden dabei innerhalb von sechs Stunden aus zehn der 19 Wasserwerfer 202 Tonnen Wasser und 440 Liter des chemischen Reizmittels Pseudocapsaicin versprüht. Baek Nam-gi wurde gegen 19 Uhr aus nächster Nähe von einem steinharten Wasserstrahl am Kopf getroffen und mit voller Wucht zu Boden geschleudert. Er verstarb nach 317 Tagen im Koma an seinen schweren Verletzungen.




*Die Versammlungen der SADD verlaufen überwiegend friedlich und stören nur punktuell den Betriebslauf. Denoch wurden sie in der Vergangenheits teils gewaltsam aufgelöst.*
*Quelle: The Korea Times*

**Besserung in Sicht?**

Der ADA wird fortlaufend angepasst und teilweise gelockert, bleibt im Kern aber zu restriktiv. Staat und Polizei setzen zunehmend auf Deeskalation und suchen nach Kompromissen mit den Interessenverbänden, um langfristig die Ordnung zu wahren anstatt vorschnell Versammlungen aufzulösen. So konnte nach einem Bericht der Korean Times im August 2026 eine Einigung zwischen der regierenden Demokratischen Partei Koreas (DPK) und der SADD erzielt werden, die mit vielen Protesten zur morgendlichen Rush-Hour hart erkämpft worden war. Es wurden konkrete Maßnahmen zur Inklusion beschlossen, und die SADD stellte umgehend ihre „subway-ridings" und „bus-boardings" bis auf Weiteres ein. Öffentlichkeitswirksame Erfolge dieser Art dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die südkoreanische Polizei bis heute vom ADA legitimiert ist, friedliche Proteste jederzeit aufgrund von Ort, Zeit und Verkehrslage zu verbieten, und alle Mittel hat, regierungskritische Demonstrationen zeitweise zu verhindern. Man verstößt damit weiterhin gegen internationale Abkommen und Richtlinien, die friedliche Versammlungen ermöglichen und schützen.

*Christian Eisenreich*

# Deutsche Identität und Kolonialismus: Warum die Erinnerungskultur Platz hat für die koloniale Vergangenheit

Während die deutsche Gesellschaft zu Recht ihre nationalsozialistische Vergangenheit und die damit verbundenen Verbrechen in hohem Maße aufgearbeitet hat, kommt das Wissen um die deutsche Kolonialgeschichte zu kurz. Es ist gut, dass sich die Deutschen kritisch mit der NS-Herrschaft und ihrer Bedeutung für die deutsche Identität auseinandersetzen. Eine Erweiterung um die Kolonialverbrechen würde neue Möglichkeiten der nationalen Identität schaffen.

Deutschland hat ein Problem mit seiner nationalen Identität. Die moralische Katastrophe des Holocaust und die Verbrechen des Dritten Reichs fordern eine andauernde Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte, ihren Folgen und Ursprüngen. Die Frage des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihren Gräueltaten scheint mit dem Historikerstreit in den Jahren 1986/87 eine eindeutige Festlegung der deutschen Erinnerungskultur gefunden zu haben. Mit der Einweihung des Holocaust-Denkmals in Berlin 2005 hat diese ein bauliches Denkmal gefunden. 2008 wurde sie durch Angela Merkels berühmte Rede vor der israelischen Knesset und ihre Erklärung, dass die Sicherheit Israels und sein Existenzrecht zur deutschen Staatsräson gehörten, als unverhandelbarer Grundsatz deutscher Politik und deutschem Selbstverständnisses verankert. Gleichzeitig sitzt seit bald zehn Jahren eine rechte Partei im Bundestag, deren damaliger Fraktionsvorsitzender „Hitler und die Nazis“ als „Vogelschiss in unserer über 1000-jährigen Geschichte“ bezeichnen konnte. Und zur gleichen Zeit scheinen andere Verbrechen deutscher Geschichte nur stiefmütterlich Beachtung zu finden. Als Kulturstaatsministerin versuchte Claudia Roth 2024, den deutschen Kolonialismus als weitere Säule neben der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur in das deutsche Gedenkstättenkonzept zu integrieren. Ein Vorhaben, das unter ihrem Nachfolger Wolfram Weimer fallengelassen wurde. Stattdessen plant Weimer nun, Bremen als zentralen Gedenkort für die deutsche Kolonialgeschichte zu etablieren. Das knüpft an bereits bestehende Strukturen an: 1932 weihten Kaufleute einen Backsteinelefant als Mahnmal für die Wiedererlangung der Kolonien ein. Dieser wurde später zu einem Antikolonialdenkmal umgewidmet.




*Das umgewidmete Antikolonialdenkmal in Bremen*
*© Matthias Süßen, Antikolonialdenkmal Bremen, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0*

Gewaltsame und rassistische Herrschaft des bisweilen viertgrößten Kolonialreiches scheinen dennoch ebenso wenig Gegenstand der deutschen nationalen Erinnerung zu sein wie der Völkermord an den Herero und den Nama in Deutsch-Südwestafrika. Dabei ist eine Etablierung der Kolonialgeschichte als Baustein deutschen Selbstbewusstseins nicht nur ein Aspekt der Opfergerechtigkeit, sondern auch eine Chance, nationale Identität in der sich wandelnden Gesellschaft zu bestimmen.

**Geschichte der Kolonialzeit**

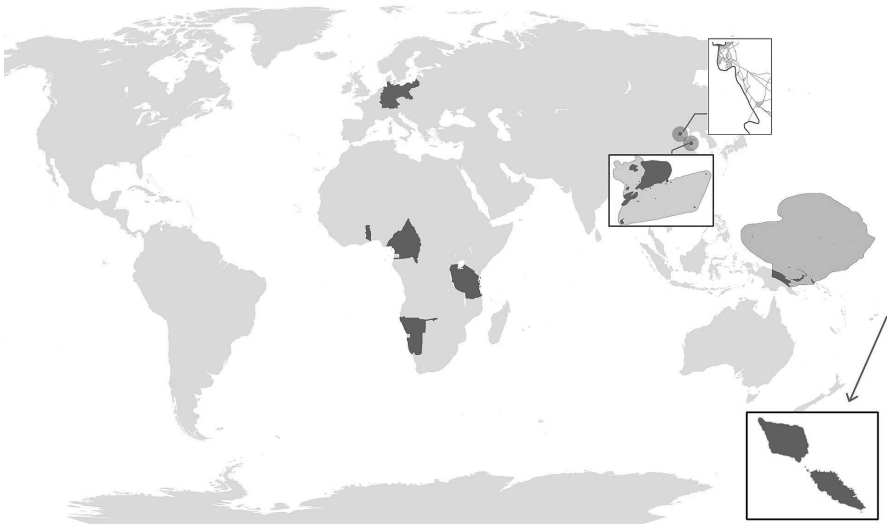
Woran könnten sich die Deutschen festhalten, wenn es gilt, die Geschichte des Kolonialismus in ihre Erinnerungslandschaft aufzunehmen? Ein paar Eckpunkte der Deutschen Kolonialgeschichte: Während Reichskanzler Otto von Bismarck einem Einstieg in das Kolonialgeschehen zunächst skeptisch gegenüberstand, erwarb das Deutsche Reich seit der Berliner Kongokonferenz 1884 Kolonien in Afrika, in Nordostchina sowie im Pazifik. Deutsch-Südwestafrika, das heutige Namibia, wurde zum ersten sogenannten Schutzgebiet. Es war als die

einzige Siedlerkolonie vorgesehen und profitierte von Konflikten zwischen den großen ethnischen Gruppen der Herero und Nama. Die Kolonialherrschaft in Kamerun war geprägt von Plantagenwirtschaft, häufig mit Zwangsarbeit und gewaltsamen Enteignungen, während die Kolonie in Togo eine dünn verwaltete Handelskolonie darstellte. Die Herrschaft in Deutsch-Ostafrika umspannte mit fast acht Millionen Einwohner:innen das bevölkerungsreichste Territorium. Der Maji-Maji-Krieg 1905-1908 und die folgende Hungersnot forderten dort 300.000 Tote. Der Erwerb von Teilen der Inseln Neuguinea und Samoa war vor allem ein Prestigeobjekt und Resultat vorkolonialer Südsee-Projektionen, die die Bewohner:innen zu „edlen Wilden" stilisierten. Zuletzt ist die Besetzung von Kiautschou in Nordchina zu nennen, die vornehmlich der wirtschaftlichen Ausbeutung diente und als Ausgangspunkt für Pläne zur weiteren Durchdringung Chinas angesehen wurde.

| Kolonie | Heutiges Gebiet | Zeitraum | Besonderheit |
|---|---|---|---|
| Deutsch-Südwestafrika | Namibia | 1884-1915 | Siedlerkolonie Völkermord an Herero und Nama |
| Deutsch-Ostafrika | Tansania, Burundi, Ruanda | 1885-1918 | Maji-Maji-Krieg und brutale Niederschlagung |
| Kamerun | Kamerun | 1884-1916 | Plantagenwirtschaft, Zwangsarbeit |
| Togo | Togo | 1884-1914 | Handelskolonie |
| Deutsch-Neuguinea | Teile Papua-Neuguineas | 1884-1914 | Plantagenwirtschaft, wirtschaftliche Interessen |
| Deutsch-Samoa | Samoa | 1900-1914 | Prestige der Pazifikkolonie, Südsee-Projektion |
| Kiautschou | Qingdao, China | 1898-1914 | Pachtgebiet, Handels- und Marinestützpunkt |

*Übersicht über das deutsche koloniale Reich*

Bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges verlor das Deutsche Reich faktisch einen Großteil seiner Kolonien, auf die es mit dem Versailler Vertrag vollständig verzichtete. Bis heute wird die Frage nach Wiedergutmachung und möglichen Reparationszahlungen Deutschlands kontrovers diskutiert. Erst 2021 bezeichnete die Bundesregierung die Morde an den Menschen der Herero und Nama offiziell als Völkermord.



*Das deutsche Kolonialreich*

*© Gabriel Ziegler, German Colonial Empire, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0*

### „Die Herero sind nicht mehr Deutsche Untertanen"

Wie kam es zu diesem Genozid? Durch eine Rinderpest, Krankheiten und eine Dürreperiode verschlechterte sich seit 1896 die Situation der Herero in Deutsch-Südwestafrika, die vor allem von Viehbeweidung lebten. Sie verschuldeten sich, mussten Land verkaufen und wurden durch neue Reservatsgrenzen auf schlechtere Böden gedrängt. Aus Angst vor dem Verlust der letzten Autonomierechte erhoben sich die Herero zu einem bewaffneten Widerstand. Für die Niederschlagung des Aufstandes schickte die Reichsregierung Generalleutnant Lothar von Trotha nach Südwestafrika. Sein dezidierter Plan war die Vernichtung des Gegners. Nach der Schlacht am Waterberg ließ er die verbleibenden Herero in die Omaheke-Halbwüste treiben und kappte die Wasserversorgung. Wer trotzdem überlebte, wurde in damals so genannte Konzentrationslager gebracht und musste Zwangsarbeit verrichten. Letztlich gab Trotha einen Schießbefehl: „Die Herero sind nicht mehr Deutsche Untertanen […]. Innerhalb der Deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder

ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und keine Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auch auf sie schießen." Zwar hob die Reichsregierung den Befehl wenige Monate später wieder auf, allerdings waren bis zu diesem Zeitpunkt bereits Zehntausende Herero getötet worden. Die Nama schlossen sich dem Widerstand der Herero an, führten aber einen Guerillakrieg, der sich über vier Jahre zog. Die deutsche Armee reagierte darauf mit einer weiteren Vernichtungsstrategie. Insgesamt bezeugen in Deutsch-Südwestafrika 100.000 Tote in den Reihen der Herero und Nama die Brutalität und Rücksichtslosigkeit deutscher Kriegsführung.

### Historikerstreit

Dass Deutschland eine Erinnerungspolitik betreibt, die sich in erheblichem Maße mit den Verbrechen der NS-Zeit und dem Holocaust auseinandersetzt, hat wesentliche Wurzeln im Historikerstreit von 1986/87. Eine Gruppe konservativer Historiker versuchte, die deutsche Bevölkerung von der Schuld der NS-Verbrechen zu entlasten, indem sie unter anderem die Massenmorde der Nationalsozialisten als eine Reaktion auf die Gewalt in den sowjetischen Gulags beschrieb und sie so als eine „asiatische Tat" deutete. Progressive und kritischere Stimmen, allen voran Jürgen Habermas, widersprachen dem mit einer Re-Moralisierung der Debatte, konnten sich durchsetzen und prägten so eine deutsche Identität, die sich kritisch mit der eigenen Geschichte auseinandersetzt. Im sogenannten Historikerstreit 2.0 wurde die Debatte um die Frage der Vergleichbarkeit des Holocaust neu aufgerollt und mit neuen Vorzeichen versehen. In den Jahren 2020/21 fragten verschiedene Stimmen, ob die Konzentration auf den Holocaust andere deutsche Gewaltgeschichten aus dem erinnerungskulturellen Blick drängt. Bezeichnend sind dafür vor allem Fragen des Rassismus, der Kolonialgeschichte und der gewachsenen migrantischen Demografie in Deutschland. Der australische Historiker Dirk Moses etwa wirft der Erinnerungskultur in Deutschland einen Katechismus der Singularität des Holocaust vor und fordert ein inklusives und gerechtes Denken, das alle Opfer Deutschlands repräsentiere.

### Multidirektionale Erinnerung

Wie tragfähig ist die Umsetzung einer Erweiterung der Erinnerungskultur um die Verbrechen des deutschen Kolonialismus? Der Aspekt der Opfergerechtigkeit, den Moses einfordert, kann als unverhandelbar gelten. Aber es gibt noch andere Fragen, die damit zusammenhängen. Die Auseinandersetzung mit dem Geschehenen nimmt in bildungspolitischen Projekten zur Aufarbeitung des NS-Terrors und der SED-Diktatur bereits einen so großen Raum ein, dass eine Erweiterung um ein weiteres Thema zu einer Überfrachtung führen könnte. Aber: Erinnerung ist kein Nullsummenspiel. Der Holocaust und die Brutalität des Kolonialismus dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Professor für Holocaust-Studies Michael Rothberg schlägt den Begriff der Multidirektionalen Erinnerung vor, der es erlaubt, verschiedene Gewaltgeschichten gleichzeitig zu erinnern. Dabei nähmen sich die verschiedenen Punkte der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht gegenseitig den Platz weg. Vielmehr erweise sich eine Ausweitung der Erinnerungskultur als ein Dimensionen-Gewinn, der den Holocaust nicht verdränge, sondern neue Perspektiven eröffne. So gibt es etwa Perspektiven, die eine Kontinuität der Gewalt der Kolonialverbrechen mit der NS-Diktatur und dem Holocaust postulieren. Nicht gesagt ist damit, dass die Dimension und Qualität des Holocaust bereits in der kolonialen Gewalt vorhanden waren. Vielmehr zeigt dieser Gedanke, dass die kritische Befragung der deutschen Geschichte nicht erst 1933 anfangen darf, sondern eine längere Historie voraussetzt.

### Deutsche Identität

Das ist auch ein Punkt, der an die Krise der deutschen nationalen Identität heranreicht. Ein Mehr an Abgrenzung von dem moralischen Grauen der eigenen Geschichte heißt nicht ein Verlust an Identität. Der Philosoph Odo Marquard schreibt: „Nicht die Nulldetermination – das Fehlen aller Determinanten – macht die Menschen frei, sondern die Überfülle an Determinanten macht es." Je mehr eine Gesellschaft von ihrer Geschichte weiß, desto mehr Möglichkeiten hat sie, sich auf diese Geschichte zu beziehen. Die Kolonialgeschichte in die deutsche Erinnerungskultur aufzunehmen bedeutet einen Gewinn an Befähigung, sich selbst zu deuten. Es erweitert den historischen Bezugsrahmen, unter dem sich eine Gesellschaft national zu bestimmen lernt. Dass damit der gewachsenen Realität einer postmigrantischen Gesellschaft und der sich wandelnden Demografie Rechnung getragen wird, ist bereits an vielen Stellen gesagt worden. Deutsche Identität ist so nicht durch die Abgrenzung von einer vermeintlich abgeschlossenen Vergangenheit bestimmt, sondern durch die Fähigkeit, sich mit unterschiedlichen historischen Erfahrungen auseinanderzusetzen.

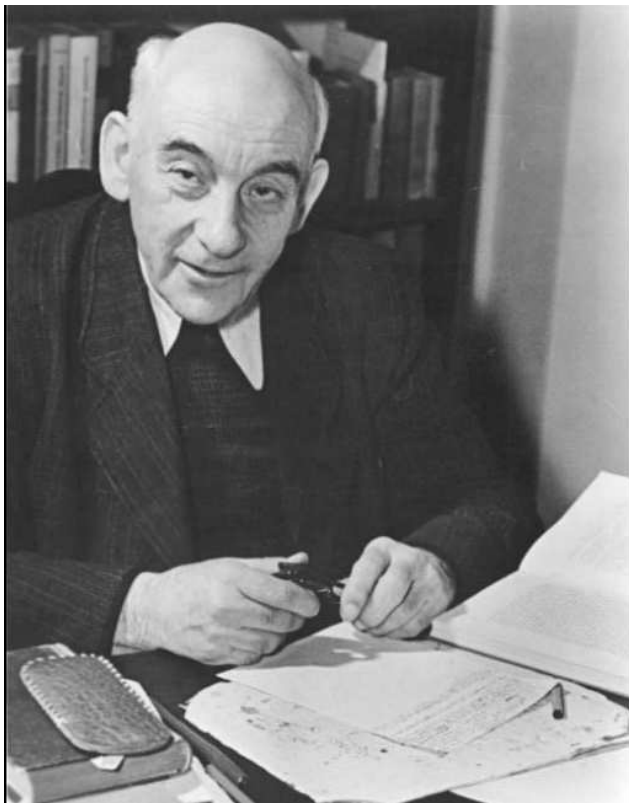
*Niklas G. Schwarz*

# Sprachliche Herabsetzungen und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen

Herabsetzende Begriffe werden im derzeitigen stark polarisierten politischen Klima zunehmend normalisiert. Von manchen gezielt als politisches Instrument eingesetzt, werden sie von anderen rege genutzt, ohne sich der potenziell weitrechenden Folgen bewusst zu sein.

Im Allgemeinen werden herabsetzende Begriffe als sprachliche Mittel verstanden, die dazu dienen, andere Menschen in ihrer Menschlichkeit herabzusetzen. Dies ist zunächst eine sehr offene Umschreibung. Was bedeutet es, anderen Menschen ihr Menschsein abzusprechen? Was sind die Folgen? Und welche Motive stecken dahinter? Im folgenden Artikel werde ich diesen Fragen auf Grundlage aktueller sozialwissenschaftlicher, philosophischer und psychologischer Forschung nachgehen.

Die Charakteristika herabsetzender Begriffe lassen sich grob in drei Kategorien aufteilen. Zunächst gibt es Eigenschaften, die den Begriffen selbst innewohnen. Dazu zählt ihre Einbettung in diskriminierende Ideologien, definiert als Normen, Konventionen und Praktiken, die das menschliche Denken und Handeln leiten. Zweitens entfalten herabsetzende Begriffe bestimmte Wirkungen in gesellschaftlichen Diskursen. Hierzu gehört die Eigenschaft, dass sie unsere Aufmerksamkeit auf negative Aspekte einer wahrgenommenen Gruppe lenken. Drittens verfolgen herabsetzende Begriffe charakteristische soziale und politische Ziele.



*Der deutsche Literaturwissenschaftler, Romanist und Politiker Victor Klemperer, Verfasser der Abhandlung „LTI – Notizbuch eines Philologen" ( Foto von 1954)*

*Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-26707-0001 / Höhne, Erich; Pohl, Erich / CC-BY-SA 3.0*

### I. Eigenschaften der Begriffe selbst

Beginnen wir mit der bereits erwähnten Einbettung von herabsetzenden Wörtern in diskriminierende Ideologien. Die verwendeten Wörter sind besonders stark in ihrer Wirkung, wenn diese eine historische Dimension aufweisen. Dabei ist nicht irgendeine historische Dimension gemeint, sondern eine, die im Zusammenhang mit Unterdrückung und Bevormundung, oft auch mit physischer Gewalt steht.

Dieses Phänomen wird greifbarer, wenn wir uns das Konzept der *Resonanz* vor Augen führen. Nach dieser Idee „schwingen" bei Begriffen nicht nur ihre bloßen Definitionen, sondern auch Ereignisse der Vergangenheit, Konventionen, Institutionen und Normen mit, die historisch eng mit dem Begriff verbunden sind. Diese Bedeutungsebene wird dem Adressaten bei der Verwendung des Begriffs unmittelbar vor Augen geführt. Es wird schnell klar: Diese Dimension haben diese Begriffe auch, unabhängig davon, ob die Vermittlung durch den Sprecher beabsichtigt war. Darin liegt eine zweite wichtige Eigenschaft: Die Wörter entfalten ihre herabsetzende Wirkung unabhängig von der Intention des Sprechers. Eine Nennung solcher Wörter kann trotzdem nicht mit dem einfachen Zusatz „Das war nicht so gemeint!" entschuldigt werden.

### II. Diskursive Eigenschaften

Im Zusammenhang mit herabsetzender Sprache wird häufig ein Zitat von Viktor Klemperer genannt, einem jüdischen Romanistikprofessor, der während des Dritten Reiches Tagebuch über die sprachlichen Besonderheiten der Nationalsozialisten führte. Er schrieb:

„*(…) die stärkste Wirkung wurde nicht durch Einzelreden ausgeübt, auch nicht durch Artikel oder Flugblätter, durch Plakate oder Fahnen, sie wurde durch nichts erzielt, was man mit bewusstem Denken oder bewusstem Fühlen in sich aufnehmen musste. Sondern der Nazismus glitt in Fleisch und Blut der Menge über durch die Einzelworte, die Redewendungen, die Satzformen, die er ihr in millionenfachen Wiederholungen aufzwang, und die mechanisch und unbewusst übernommen wurden. (…) Aber Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen, je selbstverständlicher, je*

*unbewusster ich mich ihr überlasse. Und wenn nun die gebildete Sprache aus giftigen Elementen oder zur Trägerin von Giftstoffen gemacht worden ist? Worte können sein wie winzige Arsendosen: sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“ (Viktor Klemperer, LTI – Notizbuch eines Philologen, S. 24-25)*

Klemperer macht auf einen wichtigen Punkt aufmerksam: Die Verarbeitung sprachlicher Information erfolgt keineswegs ausschließlich bewusst. Ebenso verändern sich Einstellungen und Vorstellungen selten abrupt. Vielmehr geschieht dies häufig schrittweise, etwa durch ständige Wiederholung bestimmter sprachlicher Muster.

Menschen übernehmen normalerweise nicht ohne Weiteres herabsetzende Begriffe. Die eigentliche Gefahr liegt vielmehr in den Schlussfolgerungen, die aus dieser abwertenden Sprache gezogen und häufig unbewusst übernommen werden. Solche Schlussfolgerungen sind nicht trivial, es lassen sich zahlreiche historische Beispiele dafür finden, dass sie konkrete gesellschaftliche Folgen haben können.

In diesem Zusammenhang rückt eine weitere Eigenschaft von Sprache in den Blick: Sprache und Wörter beeinflussen aktiv unsere Wahrnehmung, indem sie unsere Aufmerksamkeit auf bestimmte Aspekte lenken. Im Falle von herabsetzenden Begriffen sind dies oft als negativ wahrgenommene Eigenschaften einer Person oder Personengruppe. Werden andere Eigenschaften oder Zusammenhänge ausgeblendet, kann dies zu einem Bestätigungsbias führen und dazu beitragen, bereits vorhandene Vorurteile des Zuhörers zu verfestigen. Gemeinsam mit bewusst und unbewusst übernommenen Schlussfolgerungen ermutigen diffamierende Bezeichnungen schlussendlich zu konkreten, oftmals gewaltvollen Handlungen. Verschiedene Genozide, wie in Ruanda 1994 oder an den Juden durch Nazideutschland, waren maßgeblich von öffentlichen Herabsetzungskampagnen begleitet. Wie Herabsetzungen die Anwendung von Gewalt begünstigen, wird im nächsten Kapitel aufgezeigt.

## III. Ziele von Herabsetzungen

Im Fokus von Herabsetzungskampagnen steht zunächst die Konstruktion einer Gruppe von „Anderen“, von der sich die eigene Gruppe abzugrenzen versucht. Diese „Anderen“ werden als der eigenen Gruppe unterlegen dargestellt. Darüber hinaus werden ihnen zugeschriebene Eigenschaften oftmals als biologisch bedingt und damit als unveränderlich konstruiert. Dies ermöglicht es, eine negative Eigenschaft pauschal allen Mitgliedern einer Gruppe zuzuweisen, unabhängig von deren tatsächlichem Verhalten.




*Juden wurden in der NS-Propaganda häufig animalisiert. Verführung der Jugend, Hinterhältigkeit und „Fäden ziehen“ – Vorurteile, wie sie in der antisemitischen Zeitschrift „Der Stürmer“ immer wieder propagiert wurden (Nr. 26, 1935).*

*Quelle: https://berufskolleg-gladbeck.de/stuermer-projekt*

Die Konstruktion der „Anderen“ erfüllt dabei mehrere Funktionen. Sie verbreitet Stereotype und trägt dazu bei, dass die betroffene Gruppe negativ wahrgenommen und bewertet wird. Gleichzeitig festigt sie bestehende Gruppenhierarchien. Herabsetzende Begriffe werden häufig gegenüber Minderheiten verwendet, um sie gesellschaftlich „auf ihren Platz zu verweisen“ und die eigene privilegierte Position zu verteidigen.

Innerhalb einer Gruppe dienen Herabsetzungen anderer dazu, gemeinsame Normen zu etablieren und Rollenbilder zu vermitteln – insbesondere solche, die als „sozial erwünscht“ gelten. Aktuell richten sich viele Herabsetzungen gegen Verhaltensweisen, die nicht traditionellen Rollenbildern von Frau und Mann entsprechen.

Darüber hinaus können Herabsetzungen den Zusammenhalt innerhalb einer Gruppe stärken. Über die Abwertung anderer entsteht ein Gefühl gemeinsamer Identität, das die Bindung der Mitglieder an die eigene Gruppe verstärkt. Herabsetzungen treten daher besonders häufig in Gruppen auf, in denen die gemeinsame Zugehörigkeit eine wichtige Rolle für das Selbstverständnis ihrer Mitglieder spielt.

### Welche Folgen haben Herabsetzungen letztlich?

Herabsetzungen *dehumanisieren* und *dämonisieren* Menschen und gesellschaftliche Gruppen. Dies kann dazu führen, dass Gruppen und deren Individuen sozial geächtet und ausgeschlossen werden. *Oftmals wird zusätzlich die Anwendung von physischer Gewalt legitimiert.*

*Dehumanisierung* geht häufig mit einer Gleichsetzung der betroffenen

Personen mit Tieren oder Objekten einher. Im Falle der Gleichsetzung mit Tieren werden ihnen Kultur, Moralität, Feingefühl, Rationalität und auch die Fähigkeit zu sogenannten „sekundären" Emotionen wie Hoffnung, Scham oder Nostalgie abgesprochen. Gleichzeitig werden ihnen verstärkt vermeintlich primitive („animalische") Emotionen wie Wut oder Angst zugeschrieben. Werden Individuen und Gruppen mit Objekten gleichgesetzt, werden ihnen „mechanische" Charakteristika wie Gefühlskälte, Härte und Passivität zugesprochen. Sie werden etwa als Roboter dargestellt, die ihre programmierte Aufgabe herzlos, aber effizient ausführen. Solche Darstellungen finden sich auch in gegenwärtigen westlichen Gesellschaften.

Die Gleichsetzung mit Tieren und Objekten trägt dazu bei, die betroffenen Individuen von der moralischen Fürsorge auszuschließen.

*Dämonisierung* geht noch einen Schritt weiter: Hier werden Individuen und Gruppen als boshaft/dämonisch und als eine Bedrohung für die eigene Gruppe dargestellt. Während Dehumanisierung die moralische Fürsorge für eine Gruppe ganz oder teilweise einschränkt, erzeugt Dämonisierung einen zusätzlichen moralischen Imperativ. Die vermeintliche Bedrohung durch die fremde Gruppe lässt Gewalt und Aggression nicht nur als erlaubt, sondern als moralisch geboten erscheinen.

Dabei bedarf es keiner tatsächlichen Handlung auf Seiten der betroffenen Gruppe, um Gewalt gegen sie zu rechtfertigen. Die Mittel der Dehumanisierung und Dämonisierung werden gerade bei Rechtfertigung genozidaler Gewalt häufig nebeneinander oder auch gebündelt eingesetzt. Ein eindrückliches und erschütterndes Beispiel stammt vom Chefideologen der Nationalsozialisten Alfred Rosenberg:

*„(…) Schmarotzertum. Dieser Begriff soll hierbei zunächst gar nicht als sittliche Wertung, sondern als Kennzeichnung einer lebensgesetzlichen (biologischen) Tatsache aufgefasst werden, genau so, wie wir im Pflanzen- und Tierleben von parasitären Erscheinungen sprechen. Wenn der Sackkrebs sich durch den After des Taschenkrebses einbohrt, nach und nach in ihn hineinwächst, ihm die letzte Lebenskraft aussaugt, so ist das der gleiche Vorgang, als wenn der Jude durch offene Volkswunden in die Gesellschaft eindringt, von ihrer Rassen- und Schöpferkraft zehrt – bis zu ihrem Untergang." (Rosenberg, Der Mythos des 20. Jahrhundert, S. 461)*

Während des Nationalsozialismus trugen Herabsetzungskampagnen gegen Jüdinnen und Juden maßgeblich zur ideologischen Legitimation des Massenmords bei. Mit Beginn des Holocaust im Jahr 1941 nahm die Verwendung von Begriffen, die im Kontext von „Bedrohung" stehen und in Verbindung mit Jüdinnen und Juden genannt wurden, in den staatlich gelenkten Medien signifikant zu. Auch wurde ihnen vermehrt Handlungsmacht zugeschrieben. Beides deutet auf eine verstärkte Dämonisierung zeitgleich mit dem Beginn der systematischen Massenmorde hin.

Im Jahr 1994 ermordeten in Ruanda Angehörige der Volksgruppe der Hutu massenhaft und auf bestialische Weise Angehörige der Tutsi und gemäßigte Hutu. Dem ging eine gnadenlose Herabsetzungs- und Hetzkampagne voraus, verbreitet über Radio, Zeitungen und öffentliche Persönlichkeiten. Anhänger der Tutsi wurden als „Kakerlaken" und „Schlangen" bezeichnet, verbunden mit den entsprechenden Assoziationen von Ungeziefer, Krankheit, Täuschung und Bedrohung.

Bürger:innen, darunter auch Kinder, wurden mit den Herabsetzungskampagnen zum Mord an ihren Nachbarn, Freunden und Kollegen angestiftet. Wer Widerstand leistete, wurde selbst zum Opfer der genozidalen Kampagne. Eine der vielen verstörenden Botschaften, die der Radiosender RTML verbreitete, war:

*„Wenn du eine Kakerlake bist, musst du getötet werden, du kannst nichts daran ändern, wenn du eine Schlange bist, kannst du nichts daran ändern. Niemand kann sagen, dass er eine Kakerlake erwischt hat und diese ihm Geld gab als Preis für ihr Leben, das kann nicht akzeptiert werden. Wenn jemand einen gefälschten Ausweis hat, ist er eine Schlange, ein wissender Komplize der RFP (;) akzeptiere nichts im Gegenzug, er muss getötet werden." (RTML, 1994, übersetzt durch den Autor)*

Dem Genozid fielen innerhalb von nur einhundert Tagen 800.000 Menschen zum Opfer.

In manchen Fällen werden ursprünglich herabwürdigende Bezeichnungen von den betroffenen Gruppen selbst angeeignet und umgedeutet. Dadurch verlieren sie ganz oder in bestimmten Kontexten ihre herabwürdigende Bedeutung. Das Wort „queer" ist ein bekanntes Beispiel. Ursprünglich wurde das Wort unter anderem im Sinne von „absonderlich" gebraucht und lange Zeit als Herabwürdigung gegenüber nicht-heterosexuellen und nicht-cisgeschlechtlichen Personen verwendet. Heutzutage hat sich das Wort als positiv konnotierte Selbstbezeichnung dieser Gruppen etabliert.

Wie gezeigt wurde, sind Herabsetzungen nicht bloße Worthülsen, sondern können Instrument und Mitursache sozialen Ausschlusses bis hin zu genozidaler Gewalt sein. Ihre Wirkung entfalten herabwürdigende Begriffe dabei nicht ausschließlich durch die Absichten einzelner Sprechender, sondern auch durch die historischen und gesellschaftlichen Bedeutungen, die mit ihnen verbunden sind.

Herabsetzungen im öffentlichen Diskurs unwidersprochen zu lassen, kann ihre weitere Verbreitung und gesellschaftliche Normalisierung fördern. Angesichts ihrer potenziell weitreichenden Folgen ist eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen deshalb von besonderer Bedeutung.

*Oliver Montag*

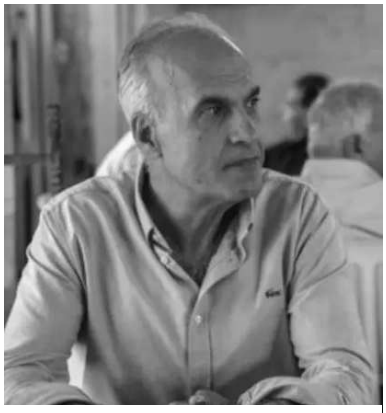
# Khaled Quzmar: Ein Anwalt kämpft für die Rechte palästinensischer Kinder

Der Menschenrechtspreis von Amnesty International Deutschland zeichnet Menschen aus, die sich unter schwierigsten Bedingungen für die Menschenrechte einsetzen. Der diesjährige Preisträger ist der palästinensische Kinderrechtsanwalt Khaled Quzmar. Seit Jahrzehnten setzt er sich für palästinensische Kinder ein, die unter der israelischen Besatzung, Gewalt und Inhaftierungen leiden. Ihre grundlegenden Rechte, die durch die UN-Kinderrechtskonvention und internationales Recht garantiert sind, werden in erschütternder Weise missachtet.

Quzmars beruflicher Weg begann vor rund 35 Jahren als Rechtsanwalt vor israelischen Militärgerichten. Bis heute vertritt er palästinensische Minderjährige, die festgenommen und inhaftiert werden. Er besucht sie im Gefängnis und unterstützt sie und ihre Familien rechtlich sowie psychosozial. Darüber hinaus dokumentiert er Kinderrechtsverletzungen im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen für UN-Gremien und internationale Gerichte. Er unterstützt auch Kinder, die mit dem palästinensischen Rechtssystem in Konflikt geraten, und trägt zur Entwicklung gezielter Programme für Gebiete bei, die besonders von Jugendkriminalität, Drogenproblemen und Schulabbrüchen betroffen sind.

35 Jahre lang leitete der Jurist die Organisation Defense for Children International – Palestine (DCIP). Sie setzte sich für den Schutz und die Rechte palästinensischer Kinder ein und bot ihnen juristische Unterstützung. Im Oktober 2021 stufte Israel sechs renommierte palästinensische Nichtregierungsorganisationen als Terrororganisationen ein, darunter die DCIP. Die deutsche Bundesregierung und acht weitere europäische Staaten lehnten im Juli 2022 diese Einstufung ab, da ihnen keine Informationen vorgelegt worden seien, die die Vorwürfe rechtfertigten. Auch Amnesty International, Human Rights Watch, weitere Menschenrechtsorganisationen und UN-Vertreter kritisierten die Einstufung und erklärten, Israel habe keine hinreichenden Belege für die Anschuldigungen gegen die betroffenen Organisationen vorgelegt. Wegen anhaltender Repressionen und Schikanen stellte die DCIP im Frühjahr 2026 ihre Arbeit ein. Quzmar selbst war massivem Druck ausgesetzt gewesen. Israels Geheimdienst habe ihm eine lange Haftstrafe angedroht, so Amnesty International. Aber der in Ramallah lebende Jurist gab nicht auf: Seit Juni 2026 ist er Geschäftsführer des Palästinensischen Zentrums für Kinderrechte. Auch diese Organisation setzt sich dafür ein, palästinensische Kinder zu schützen und ihre Rechte durchzusetzen.

In einem Interview mit Amnesty International vom Oktober 2026 betont Quzmar, wie wichtig der Zugang zu Bildung für die Kinder ist: „Bildung ist die wichtigste Waffe für ihre Zukunft." Ohne ausreichende Bildung drohe einer ganzen Generation der Anschluss an eine zunehmend digitalisierte Welt verloren zu gehen. Schulen zu schützen und Kindern Zugang zu Wissen zu ermöglichen, sei deshalb entscheidend für die Zukunft der palästinensischen Gesellschaft. Inhaftierungen, Vertreibungen und Gewalt könnten den Schulbesuch verhindern und die Zukunft junger Menschen beeinträchtigen. Deshalb gehörten Bildungsprogramme und psychosoziale Unterstützung zu den Schwerpunkten seiner Arbeit.



*Khaled Quzmar*
*© Amnesty International, Foto: Sergey Ponomarev*

Seit der Eskalation der Gewalt nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat sich die Lage palästinensischer Kinder dramatisch verschärft. Auch nach der im Oktober 2025 vereinbarten Waffenruhe wurden die militärischen Operationen der israelischen Armee im Gazastreifen fortgesetzt. UNICEF zufolge wurden allein seit Beginn der Waffenruhe mehr als 340 Kinder getötet. Viele wurden verletzt oder vertrieben. Die Lebensbedingungen der Kinder sind katastrophal: Sie leiden unter Hunger, Krankheiten und den Folgen zerstörter Wohnhäuser, Schulen und medizinischer Einrichtungen. Auch im Westjordanland sind Kinder Gewalt, Vertreibung und Inhaftierungen ausgesetzt.

Der 62-jährige Menschenrechtsanwalt kritisiert die unzureichende internationale Reaktion. Er fordert wirksame Maßnahmen, um Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen.

Quzmars Engagement ist auch durch seine Familiengeschichte geprägt. Als Sohn einer armen Bauernfamilie musste er miterleben, wie ein großer Teil des Landbesitzes seiner Familie enteignet und seine vier Brüder inhaftiert wurden. Diese Erfahrungen motivieren ihn, sich für Menschenrechte einzusetzen.

Trotz aller Schwierigkeiten und der dauernden Bedrohung will er seine wichtige Arbeit fortsetzen, wie er gegenüber Amnesty International erklärte: „Der Kontakt mit den Familien und das Unrecht, das wir täglich sehen, treiben mich an. Solange ich die Möglichkeit habe, einer Familie zu helfen, gibt mir das Kraft und motiviert mich weiterzumachen."

*Eva Scheerer*

Unter **www.amnesty-tuebingen.de** finden Sie Briefvorschläge der Deutschen Sektion von Amnesty International.

## CHINA:
## Seit zwölf Jahren in Haft – ohne Kontakt zur Familie



*Ilham Tohti*
*© privat*

Der uigurische Wissenschaftler und Schriftsteller Ilham Tohti befindet sich seit mehr als einem Jahrzehnt in Haft. Im September 2014 wurde er wegen „Separatismus" zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe verurteilt, nur weil er den Umgang der chinesischen Regierung mit der vornehmlich muslimischen uigurischen Minderheit in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang kritisiert, den friedlichen Dialog gefördert und sich gegen Unrecht und Diskriminierung eingesetzt hatte.

Sein Prozess entsprach nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren. Ilham Tohti ist ein gewaltloser politischer Gefangener, der lediglich wegen der friedlichen Wahrnehmung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert ist. Berichten zufolge wird er im Gefängnis misshandelt, u. a. durch das Anlegen von Hand- und Fußschellen, lange Zeiträume in Einzelhaft, unzureichende medizinische Versorgung, Nahrungsmittelentzug und politische Indoktrination.

Seine Tochter Jewher Ilham, die in den USA lebt und sich seit Jahren für die Freilassung ihres Vaters einsetzt, konnte nach eigenen Angaben zuletzt am 14. Januar 2014 über Skype mit ihm sprechen, einen Tag vor seiner Festnahme. Seit 2017 dürfen Ilham Tohtis Angehörige ihn nicht mehr besuchen.

**Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2027 höflich formulierte Briefe** an den chinesischen Staatspräsidenten und bitten Sie ihn, Ilham Tohti sofort und bedingungslos freizulassen, da er nur wegen seiner friedlichen Menschenrechtsarbeit inhaftiert ist. Fordern Sie außerdem, dass Ilham Tohti bis zu seiner Freilassung weder gefoltert noch anderweitig misshandelt wird und dass er regelmäßigen und uneingeschränkten Zugang zu seiner Familie und einem Rechtsbeistand seiner Wahl erhält.

**Schreiben Sie in gutem Chinesisch, Englisch oder auf Deutsch an:**
President Xi Jinping
Zhongnanhai, Xichangan'jie
Xichengqu, Beijing Shi 100017
VOLKSREPUBLIK CHINA
*Fax: 0086 – 10 62 38 10 25*
*E-Mail: english@mail.gov.cn*
*(Anrede: Dear President Xi / Sehr geehrter Herr Präsident)*
*(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,25 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**
Botschaft der Volksrepublik China
S. E. Herr Hongbo Deng
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin
*Fax: 030 – 27 58 82 21*
*(Standardbrief: 0,95 €)*

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrter Herr Präsident,
der uigurische Wissenschaftler und Schriftsteller Ilham Tohti befindet sich seit mehr als einem Jahrzehnt in Haft. Er wurde im September 2014 wegen „Separatismus" zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe verurteilt, nur weil er den Umgang der chinesischen Regierung mit der vornehmlich muslimischen uigurischen Minderheit in der Autonomen Uigurischen Region Xinjiang kritisiert und sich gegen Unrecht und Diskriminierung eingesetzt hatte. Sein Prozess entsprach nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren. Ilham Tohti ist ein gewaltloser politischer Gefangener, der nur wegen der friedlichen Wahrnehmung seines Rechts auf freie Meinungsäußerung inhaftiert ist. Berichten zufolge wird er im Gefängnis misshandelt, u. a. durch das Anlegen von Hand- und Fußschellen, lange Zeiträume in Einzelhaft, unzureichende medizinische Versorgung und Nahrungsmittelentzug.
Ich bitte Sie zu veranlassen, dass Ilham Tohti sofort und bedingungslos freigelassen wird, da er nur aufgrund seiner friedlichen Menschenrechtsarbeit inhaftiert ist. Bitte stellen Sie sicher, dass er bis zu seiner Freilassung weder gefoltert noch anderweitig misshandelt wird und er regelmäßigen und uneingeschränkten Zugang zu seiner Familie und einem Rechtsbeistand seiner Wahl erhält.
Hochachtungsvoll

## SIMBABWE:
## Gerechtigkeit für drei Frauen der Oppositionspartei

Joanah Mamombe, Netsai Marova und Cecillia Chimbiri sind Mitglieder der simbabwischen Oppositionspartei Citizens' Coalition for Change (CCC). Die drei Frauen stehen wegen einer regierungskritischen Demonstration unter Anklage: Sie wurden am 13. Mai 2020 an einem Polizeikontrollpunkt in der Hauptstadt Harare festgenommen, weil sie eine Protestveranstaltung angeführt hatten, die die staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie sowie die Hungersnot im Land thematisierte. Zwei Tage lang war ihr Aufenthaltsort unbekannt, in dieser Zeit wurden sie gefoltert und sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Sie mussten daraufhin im Krankenhaus behandelt werden.

Im Juni 2020 wurden die Frauen unter Auflagen gegen Kaution freigelassen. Einige Regierungsmitglieder, unter ihnen der Justizminister, warfen ihnen vor, ihr Verschwinden frei erfunden zu haben. Im Juli 2023 wurden Joanah Mamombe and Cecillia Chimbiri endlich von dem Vorwurf freigesprochen, falsche Angaben gemacht und ihre Entführung nur vorgetäuscht zu haben. Es sind jedoch nach wie vor Anklagen gegen die drei Frauen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die damaligen Lockdown-Vorschriften anhängig. Das entsprechende Gerichtsverfahren wurde auf unbestimmte Zeit verschoben, und die Behörden haben bis heute weder die staatliche Verschleppung noch die Foltervorwürfe untersucht.



*Cecillia Chimbiri*
*© Amnesty International*

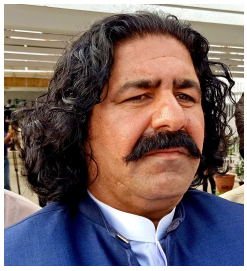
**Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2027 höflich formulierte Briefe** an den Präsidenten und fordern Sie ihn auf, dafür zu sorgen, dass alle noch bestehenden Anklagen gegen Joanah Mamombe, Netsai Marova und Cecillia Chimbiri fallen gelassen und die Schikanen gegen sie beendet werden. Bitten Sie zudem dringend darum, die Entführung der drei Frauen, ihre Folterung und Misshandlung, u. a. durch sexualisierte Gewalt, zielführend und unabhängig zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

**Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch an:**
His Excellency Emmerson Dambudzo Mnangagwa
The President of Zimbabwe
Presidential Offices, State House
Harare, P. Bag 7700, Causeway
SIMBABWE
X: @edmnangagwa
E-Mail: Info@opc.gov.zw
(Anrede: Your Excellency /
Sehr geehrter Herr Präsident)
*(Standardbrief Luftpost bis 20 g: 1,25 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**
Botschaft der Republik Simbabwe
I. E. Frau Alice Mashingaidze
Dannenwalder Weg 91
13439 Berlin
*E-Mail: infor@zimembassyberlin.com*
*(Standardbrief: 0,95 €)*

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrter Herr Präsident,
ich wende mich an Sie, um auf den Fall von Joanah Mamombe, Netsai Marova und Cecillia Chimbiri aufmerksam zu machen. Die Oppositionspolitikerinnen wurden im Jahr 2020 im Polizeigewahrsam misshandelt, außerdem sind nach wie vor konstruierte Anklagen gegen sie anhängig.
Joanah Mamombe, Netsai Marova und Cecillia Chimbiri wurden am 13. Mai 2020 in Harare festgenommen, weil sie eine Protestveranstaltung angeführt hatten, die die staatlichen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie thematisierte. Am selben Tag fielen sie einer Entführung zum Opfer und wurden in dieser Zeit gefoltert und sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Die Behörden haben bis heute weder ihr damaliges Verschwinden noch die Foltervorwürfe untersucht. Außerdem stehen die drei Frauen nach wie vor unter Anklage wegen mutmaßlicher Verstöße gegen Lockdown-Vorschriften. Das entsprechende Gerichtsverfahren wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.
Bitte sorgen Sie dafür, dass alle noch bestehenden Anklagen gegen die drei Frauen fallengelassen und die Schikanen gegen sie eingestellt werden. Leiten Sie zudem dringend eine zielführende und unabhängige Untersuchung der Entführung sowie ihrer Folterung und Misshandlung, u. a. durch sexualisierte Gewalt, ein und ziehen Sie die Verantwortlichen zur Rechenschaft.
Mit freundlichen Grüßen



*Ali Wazir*
*© Public Domain*

## PAKISTAN:

### Willkürliche Haft für Bürgerrechtler

Der Menschenrechtsverteidiger Ali Wazir ist seit Jahren willkürlich in Haft. Der 49-Jährige war von 2018 bis 2023 Mitglied der pakistanischen Nationalversammlung und ist ein prominentes Mitglied der Bürgerrechtsorganisation Paschtunische Tahafuz-Bewegung (PTM).
Ali Wazir wurde im August 2024 in Verbindung mit einem Autounfall in der Hauptstadt Islamabad festgenommen. Wegen mutmaßlichen Drogenbesitzes und „Handgreiflichkeiten" gegen Polizeikräfte leitete man drei Strafverfahren gegen ihn ein. Einen Monat später wurde in allen drei Fällen Kaution gestellt. Er wurde jedoch nicht freigelassen, sondern stattdessen in ein Gefängnis in Rawalpindi in der Provinz Punjab gebracht. Im Dezember 2024 wurde er wegen Terrorvorwürfen in die Provinz Belutschistan und im Februar 2025 in die Provinz Sindh verlegt.

Das Oberste Gericht in Hyderabad gewährte Ali Wazir am 16. März 2026 die Freilassung gegen Kaution und entschied, dass keine Beweise gegen ihn vorlägen und es keine Rechtsgrundlage für seine anhaltende Inhaftierung gebe. Weniger als vier Stunden später wurde er jedoch erneut festgenommen. Am 18. März wurde er einem Antiterrorgericht in Naushero Feroze vorgeführt.

Seitdem ist Ali Wazir im Bezirksgefängnis Dadu inhaftiert, und es laufen zwei weitere Strafverfahren gegen ihn, weil er zu „Hass" und „Aufruhr" gegen staatliche Einrichtungen angestiftet haben soll.

**Bitte schreiben Sie bis 31. Januar 2027 höflich formulierte Briefe** an den Ministerpräsidenten der Provinz Sindh und fordern Sie ihn auf, sicherzustellen, dass Ali Wazir sofort freigelassen wird, alle Anklagen gegen ihn fallen gelassen werden und keine weiteren Strafverfahren als Vergeltungsmaßnahme für seinen Aktivismus angestrengt werden. Bitten Sie zudem darum, dass Ali Wazir bis zu seiner Freilassung unverzüglich eine angemessene medizinische Versorgung und regelmäßigen, ungehinderten Kontakt zu seiner Familie erhält. Dringen Sie darauf, dass seine Rechte auf ein faires Verfahren in vollem Umfang gewahrt werden, unter anderem durch Zugang zu einem Rechtsbeistand seiner Wahl.

**Schreiben Sie in gutem Urdu, Englisch oder auf Deutsch an:**
Chief Minister Syed Murad Ali Shah
Chief Minister Office
Civil Lines, Karachi, Sindh
PAKISTAN
(Anrede: Hon. Chief Minister Syed Murad Ali Shah / Sehr geehrter Herr Ministerpräsident)
*E-Mail: sindhcmhouse@gmail.com*
*(Standardbrief Luftpost bis 20g: 1,25 €)*

**Senden Sie bitte eine Kopie Ihres Schreibens an:**
Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
I. E. Frau Saqlain Syedah
Schaperstr. 29
10719 Berlin
*Fax: 030 – 21 24 42 10*
*E-Mail: mail@pakemb.de*
*(Standardbrief: 0,95 €)*

**Briefvorschlag:**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
ich mache mir große Sorgen um den Menschenrechtsverteidiger Ali Wazir, der seit Jahren willkürlich in Haft ist, offenbar als Strafe für seinen Aktivismus. Nachdem er im August 2024 in Islamabad festgenommen wurde, leiteten die Behörden wegen mutmaßlichen Drogenbesitzes und „Handgreiflichkeiten" gegen Polizeikräfte drei Strafverfahren gegen ihn ein. Einen Monat später wurde in allen drei Fällen Kaution gestellt, doch er wurde nicht freigelassen, sondern erst in Rawalpindi und dann unter Terrorvorwürfen in Belutschistan inhaftiert. Im Februar 2025 wurde er in ein Gefängnis in der Provinz Sindh verlegt.
Das Oberste Gericht in Hyderabad gewährte Ali Wazir am 16. März 2026 die Freilassung gegen Kaution und entschied, dass keine Beweise gegen ihn vorlägen und es keine Rechtsgrundlage für seine anhaltende Inhaftierung gebe. Trotzdem wurde er wenige Stunden später erneut festgenommen. Am 18. März wurde er einem Antiterrorgericht in Naushero Feroze vorgeführt. Seitdem ist Ali Wazir im Bezirksgefängnis Dadu inhaftiert.
Bitte stellen Sie sicher, dass Ali Wazir sofort freigelassen wird, alle Anklagen gegen ihn fallen gelassen werden und keine weiteren Strafverfahren angestrengt werden. Ali Wazir muss zudem bis zu seiner Freilassung unverzüglich Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung und regelmäßigen, ungehinderten Kontakt zu seiner Familie erhalten. Sorgen Sie unbedingt dafür, dass seine Rechte auf ein faires Verfahren in vollem Umfang gewahrt werden, unter anderem durch Zugang zu einem Rechtsbeistand seiner Wahl.
Mit freundlichen Grüßen

# Amnesty International braucht Ihre Unterstützung

Amnesty International ist die weltweit größte Bewegung, die für Menschenrechte eintritt. Die große Stärke von Amnesty liegt im freiwilligen Engagement von mehr als zehn Millionen Unterstützer*innen in über 150 Ländern. Es sind Menschen ganz verschiedener Altersgruppen, Nationalitäten und Kulturen. Zusammen setzen wir alle Mut, Kraft und Fantasie ein, um eine Welt zu schaffen, in der die Menschenrechte für alle gelten. Für diesen Einsatz erhielt Amnesty 1977 den Friedensnobelpreis. In der Begründung hieß es, Amnesty zeichne sich durch eine klare Haltung aus: „Nein zu Gewalt, Folter und Terrorismus. Auf der anderen Seite ein Ja zur Verteidigung der Menschenwürde und Menschenrechte." Für diese Werte setzt sich Amnesty bis heute ein.
So können Sie zur Freilassung von gewaltlosen politischen Gefangenen beitragen und sich gegen Folter, Todesstrafe und andere Menschenrechtsverletzungen engagieren:

- als aktives Mitglied einer Gruppe (s. u. oder unter https://www.amnesty.de/mitmachen/gruppe-finden)
- durch Briefe schreiben („Briefe gegen das Vergessen", Eilaktionen, s. Infocoupon auf der Rückseite)
- durch finanzielle Unterstützung, s. Rückseite




# Amnesty-Gruppen im Bezirk Tübingen

**Albstadt**, Gruppe 1508
Hedi Abel
Hunsrückstr. 1
72458 Albstadt
Tel. 07431 4715

**Esslingen**, Gruppe 1350
Amnesty International
Gollenstr. 44/1
73733 Esslingen
E-Mail: info@amnesty-esslingen.de

**Göppingen**, Gruppe 1110
Claus Fischer
Stuifenstr. 8
73104 Börtlingen
clausrfischer@googlemail.com

**Hechingen**, Gruppe 1545
Reinhard Leinberger
Böllatweg 33
72379 Hechingen
grlmb@yahoo.de

**Herrenberg**, Gruppe 1635
Amnesty International
Stuttgarter Str. 12
71083 Herrenberg
Tel. 07452 75219

**Nürtingen**, Gruppe 1651
Wolfgang Altenpohl
www.amnesty-nuertingen.de
info@amnesty-nuertingen.de

**Rottweil**, Gruppe 1548
Oliver Stenzel
Neckarstr. 54
78628 Rottweil
begluekt@t-online.de

**Tübingen**, Gruppe 1322
Amnesty International
Wilhelmstr. 105
72074 Tübingen
www.amnesty-tuebingen.de
info@amnesty-tuebingen.de

**Villingen-Schwenningen**, Gruppe 1236
Caroline Weber
Berliner Platz 1
78048 VS-Villingen
Tel. 07721 9169272
caroline.weber60@yahoo.de

**Bestätigung über Zuwendungen zur Vorlage beim Finanzamt für Spenden bis 300 Euro.**

Herzlichen Dank! Durch Ihre Spende leisten Sie einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Durchsetzung der Menschenrechte. Sie ermöglichen uns, Opfern von Menschenrechtsverletzungen auch in Zukunft wirksam zu helfen. Ihre Spende sichert außerdem die politische Unabhängigkeit von Amnesty International. Wir nehmen keine Regierungsgelder an, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich durch private Spenden.

Amnesty International Deutschland e.V. ist wegen Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch oder religiös Verfolgte, für Flüchtlinge und Vertriebene (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 10 AO) nach dem letzten dem Verein zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I, Berlin, St.-Nr. 27/026/39709, vom 05.12.2023 für das Jahr 2021 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit.

**Für Spenden über 300 Euro erhalten Sie von uns eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.**




**SEPA-Überweisung/Zahlschein s. Rückseite**

# Menschenrechtsarbeit ist nicht umsonst

AMNESTY INTERNATIONAL



Amnesty International ist unabhängig von Regierungen, Parteien, Ideologien, Wirtschaftsinteressen und Religionen.
Um diese Unabhängigkeit zu bewahren, sind wir auf Ihre Spende angewiesen.

Sie können mit einer einmaligen Spende helfen oder als Förderin/Förderer mit einem regelmäßigen Beitrag.

Vielen Dank!

**Bei Adressänderungen bitte unbedingt den alten Adressaufkleber mitschicken!**

## Infocoupon

Ich möchte

- ☐ weitere Informationen über Amnesty International
- ☐ die ANKLAGEN regelmäßig erhalten
- ☐ an der Aktion „Briefe gegen das Vergessen“ teilnehmen
- ☐ an Eilaktionen teilnehmen
- ☐ aktiv mitarbeiten
- ☐ an der „Tübinger Aktion“ teilnehmen (Briefaktion zu verschiedenen Ländern)

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Falls möglich, bitte E-Mail-Adresse angeben (zur kostengünstigen Zusendung der Briefe): .....

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an: Amnesty International, ANKLAGEN-Redaktion, Wilhelmstr. 105, 72074 Tübingen

## Förderin/Förderer-Erklärung

Ich möchte die Arbeit von Amnesty International finanziell unterstützen. Um die Verwaltungskosten möglichst gering zu halten, bin ich damit einverstanden, dass der unten angegebene Betrag im Lastschriftverfahren erhoben wird. Ich erteile folgende EINZUGSERMÄCHTIGUNG an Amnesty International, Sonnenallee 221 C, 12059 Berlin (Fax: +49 30-420248-488):

IBAN: .....

BIC: .....

Kreditinstitut: .....

Betrag: ..... EUR

Name: .....

Straße: .....

PLZ/Ort: .....

Zahlungsweise (Zutreffendes bitte ankreuzen):
☐ jährlich ☐ halbjährlich ☐ vierteljährlich ☐ monatlich

Datum/Unterschrift.....

Verwendung für Gruppe 1322 (oder andere Gruppe angeben, s. Rückseite):

.....

Ab einem Förderbeitrag von 84,- Euro pro Jahr erhalten Sie alle zwei bis drei Monate das Menschenrechtsmagazin AMNESTY JOURNAL.

**SEPA-Überweisung/Zahlschein**

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

Amnesty International

IBAN

DE23370205000008090100

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33XXX

AMNESTY INTERNATIONAL

DANKE FÜR IHRE SPENDE!

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

1322

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

D E

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

**Beleg für Kontoinhaber*innen**
Einzahlungs-Quittung

(Name und Sitz Kreditinstitut) BIC oder BLZ

**Amnesty International e.V.**
Empfänger*in

**DE23 3702 0500 0008 0901 00**
**BFS WDE 33 XXX**
IBAN und BIC Empfänger*in

**Bank für Sozialwirtschaft**
Kreditinstitut Empfänger*in

Betrag: Euro, Cent

**SPENDE**
Verwendungszweck

Kontoinhaber*in/Einzahler*in

IBAN Kontoinhaber*in

**Zuwendungsbestätigung umseitig!**